

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

**VERBÄNDE**



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

**SERVICE**

Termine	32
Impressum	32

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	36
Schwerpunkt: Nachhaltige Mobilität	

**THEMEN DES MONATS**

Agrarpolitik

## Gesellschaft keinen Gefallen getan

Das „Greening“ der EU-Agrarreform droht zu scheitern  
Seite 2

Umweltfreundliche Produktion

## Wie grün sind deine Blätter?

In der Sprache der Verlage und Druckereien heißt  
Umweltbewusstsein „Green Publishing“  
Seite 4

Klimapolitik

## Braunkohle trotz Energiewende

Obwohl immer mehr Energie aus erneuerbaren Quellen  
kommt, hält sich die Braunkohle hartnäckig  
Seite 6

Interview: Wirtschaftspolitik

## „Kein Wachstum zum Nulltarif“

Dauerwirtschaftswachstum und Wohlstandsschrott bringen  
unseren Planeten an die ökologischen Grenzen  
Seite 27

**BROSCHÜRE**

## Transformation

Beilage

## Agrarpolitik

# Der Gesellschaft keinen Gefallen getan

Das „Greening“ der EU-Agrarreform droht zu scheitern

**Abgeordnete im EU-Agrarausschuss haben beschlossen, wichtige Maßnahmen für eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus den Vorschlägen der EU-Kommission zu streichen. Damit bremste der Ausschuss die ökologische Agrarwende in der EU aus. Umweltverbände und Grünen-Politiker setzen ihre Hoffnung nun auf die Zivilgesellschaft und das Parlamentsplenium im März. ■ VON MARTIN HÄUSLING, EU-PARLAMENT**

Das Ringen um die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) findet nach dem Vertrag von Lissabon zum ersten Mal unter voller Mitsprache des EU-Parlaments statt. Das bedeutet, dass nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission nun der Agrarausschuss als Fachausschuss seinen Standpunkt abgibt und später das ganze Parlament darüber beschließt. Am 23. und 24. Januar 2013 haben die Abgeordneten des Agrarausschusses über die GAP-Berichte abgestimmt. Wie schon befürchtet wurde das „Greening“, mit dem die Landwirtschaft umweltfreundlicher gemacht werden soll, bis zur Unwirksamkeit verstümmelt und verwässert: Auch der Vorschlag der Kommission enthält keine richtige ackerbaulich sinnvolle Fruchtfolge. Stattdessen steht im Kompromisspapier des Ausschusses eine Fruchtartendiversifizierung: Betriebe mit bis zu 30 Hektar dürfen sich auf zwei Kulturen im Verhältnis von höchstens 80:20 beschränken. Für größere Betriebe gilt eine Mindestdiversifizierung von drei Früchten, wobei eine allein maximal 75 Prozent und zwei zusammen höchstens 95 Prozent der Fläche einnehmen dürfen.

## Verantwortliche treten auf die Bremse

Die Auflagen, um ökologische Vorrangflächen zu schaffen beziehungsweise aufrechtzuerhalten, beginnen bei drei Prozent und enden zu einem späteren Zeitpunkt nach einer Überprüfung eventuell bei sieben Prozent. Nach den Vorstellungen des Agrarausschusses dürfen die Landwirte aus einer Menüliste ersatzweise zahlreiche andere Auflagen aussuchen, mit denen sie das Greening erfüllen: unter anderem

Präzisionslandwirtschaft, Mulchsaat und Schleppschlauchdüngung. Darüber hinaus sind die Auflagen nicht einmal verpflichtend, denn Landwirte, die sie nicht erfüllen, bekommen dennoch den Großteil der Direktzahlungen. Und es soll zwar jetzt eine Obergrenze der Direktzahlungen für Großbetriebe geben, die sogenannte Kapung, bei einer Höhe von 300.000 Euro bewirkt diese aber kaum eine gerechtere Verteilung.

## Rückwärtsgerinnte und Profiteure

Der mehrheitlich konservativ-liberal ausgerichtete Agrarausschuss hat mit dieser Stellungnahme zur GAP den Europäerinnen und Europäern keinen Gefallen getan. Und das, obwohl sich bei der Internetkonsultation von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș 2010 Bürgerinnen und Bürger in 5.700 Beiträgen zur Agrarreform geäußert haben. Das berechnete Interesse der Gesellschaft daran, wie Nahrungsmittel produziert werden und welche Auswirkungen diese Produktionsweise auf unsere Umwelt und Gesundheit hat, wird im Agrarausschuss eher als lästige Einmischung empfunden. Schon die Anforderung an das Einhalten einer Fruchtfolge – eigentlich die grundlegendste Basis landwirtschaftlichen Wirtschaftens und eine Selbstverständlichkeit – halten viele konservativ-liberale Ausschussmitglieder leider für eine Zumutung. Haupttenor ist, das Greening gehe viel zu weit, es bremse die Powerproduktion, es bedrohe die Exportstrategie Europas – und damit gleich die ganze Welternährung.

Mit den nun vorgeschlagenen Auflagen ist ein effektiver Ressourcenschutz im Hinblick auf die Bodenqualität, die Artenviel-

falt, den Klimaschutz und die Reinhaltung der Gewässer, wie nach der Überprüfung der Agrarpolitik, dem sogenannten Health Check, schon 2008 als Hauptpriorität für die GAP gefordert, wieder in weite Ferne gerückt. Führende Agrarökonominnen aus ganz Europa unterstützten ebenfalls diese Forderung im November 2009 in einer Erklärung.

Ein massiver Interessendruck etablierter Profiteure wie der Verbände der Ernährungsindustrie, dem Bauern- und Raiffeisenverband, Pflanzenschutz- und Futtermittelherstellern sowie Akteuren aus der Exportbranche hatte von Anfang an auf dem Vorschlag der Kommission gelastet. Deshalb fiel schon der erste Entwurf nicht sehr ambitioniert aus. Dennoch war die Kommission hier fortschrittlicher und präsentierte sich durchaus mehr als Interessenvertreterin der europäischen Gesellschaft als die Mehrheit der von dieser Gesellschaft gewählten Abgeordneten – zumindest im Agrarausschuss.

## Bürgerinnen und Bürger müssen Parlament unter Druck setzen

Die Zivilgesellschaft ist nun gefragt. Sie muss kontinuierlich weiter Druck auf die insgesamt 754 Abgeordneten des Europäischen Parlaments ausüben. Pressemitteilungen, Veranstaltungen und vor allem Aktionen dieser Verbände, wie zum Beispiel der Good Food March im September 2012 und die Demonstration „Wir haben es satt“ im Januar 2013 in Berlin, sind enorm wichtig.

Die Linie zur GAP, die aus den Stellungnahmen anderer Ausschüsse hervorgeht, muss gestärkt werden. „Die bishe-

rigen Direktzahlungen – die 75 Prozent des GAP-Haushalts ausmachen – haben traditionell die intensive Landwirtschaft gefördert“, stellt der Unterausschuss fest. Deshalb will er „die Philosophie der GAP grundlegend ändern“. In eine ähnliche Richtung gehen auch Aussagen zweier Sonderausschüsse der EU, die im Gesetzgebungsverfahren angehört werden müssen: der Ausschuss für regionale Entwicklung und der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Erstgenannter „unterstützt die Idee, die Direktzahlungen an die Landwirte an ehrgeizige Umweltauflagen zu knüpfen“, hält die Vorschläge der Kommission aber für „zu weich“, um „einen Richtungswechsel hin zu modernen nachhaltigen Bewirtschaftungssystemen herbeizuführen“. Und auch der EWSA begrüßt die „Ökologisierungskomponente“, da er sich schon früher für „zielorientierte Direktzahlungen“ eingesetzt hat. Die Ziele hier: Boden-, Arten-, Natur- und Umweltschutz.

### Zukunftsvision zur GAP nach 2020?

Derzeit gibt es eine Grundprämie (Direktzahlungen, erste Säule) mit Bonuszuschlägen für Umweltleistungen (Ökopremien für Agrarumweltmaßnahmen, zweite Säule). Zukünftig wäre Folgendes vorstellbar: die Festlegung eines ökologisch und sozial nachhaltigen Standards mit höchsten Ansprüchen (Best Practice). Gefördert werden Betriebe, die dem höchsten Standard entsprechen. Hier muss der ökologische Landbau Vorbild sein. 100 Prozent Zahlungen erhalten nur Betriebe, die allen ökologisch-gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Ein Staffelsystem mit Abschlägen folgt. Betriebe, die lediglich bestehende gesetzliche Normen einhalten, werden nicht gesondert unterstützt. Aber auch eine solche Steuerung kann nur ein Übergang sein. Letztendlich muss es das Ziel sein, ein nachhaltiges Ernährungssystem zu entwickeln, das die Begrenztheit

von Ressourcen sowie die Bedürfnisse von und den respektvollen Umgang mit Tieren wirklich ernst nimmt, Erzeugern ein gutes Auskommen bei fairen Produktpreisen ermöglicht und eine gesunde Ernährung für Verbraucher sicherstellt, ohne auf Kosten anderer Regionen der Erde zu wirtschaften.

Der Ökolandwirt Martin Häusling ist seit Juni 2009 für die Grünen Mitglied des Europäischen Parlaments.

Im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist er Schattenberichterstatter zum Bericht „Direktzahlungen“.

Kontakt:

Tel. +32 (0)2 /

2845820, E-Mail:

[martin.haeusling@](mailto:martin.haeusling@europarl.europa.eu)

[europarl.europa.eu,](http://europarl.europa.eu)

[www.martin-haeusling.de](http://www.martin-haeusling.de)



## Umweltfreundliche Produktion

# Wie grün sind deine Blätter?

In der Sprache der Verlage und Druckereien heißt Umweltbewusstsein „Green Publishing“

**Ökologische Achillesfersen bewusst ausgleichen – das ist das Ziel von umweltbewussten Verlagen. Am Anfang des Buches steht der Baum oder das Recyclingpapier. Im gesamten Produktionskreislauf lassen sich Energie und Ressourcen einsparen, aber dazu muss das Thema zur Chefsache werden. Doch der Weg zur vollständig klimaneutralen Publikation ist noch weit. ■ VON ANKE OXENFARTH, OEKOM VERLAG**

Klimawandel und Ressourcenengpässe machen auch vor der Verlagswelt nicht halt. Bislang haben die meisten Verlage über den ökologischen Fußabdruck ihrer Produkte und Produktionsprozesse jedoch kaum fundiertes Wissen. Dabei haben die Produktion und die Verbreitung von Publikationen eine große Umweltrelevanz. Vorreiter der Branche suchen deshalb unter dem Label Green Publishing seit einigen Jahren nach Wegen, um das Herstellen und Verlegen von Büchern und Zeitschriften nachhaltiger zu gestalten.

Ohne Papier geht nichts in Verlagen.

Bereits bei der Holzernte und beim Transport verursacht die Papierherstellung zahlreiche Umweltprobleme. Die Papierindustrie ist zudem der fünftgrößte industrielle Energieverbraucher in Deutschland, weshalb der Energieeinsparung eine herausragende Bedeutung zukommt. Aufgrund der weltweit steigenden Nachfrage bei abnehmenden Ressourcen sind Verlage auch aus finanzieller Sicht gut beraten, auf nachhaltige Kriterien bei der Papierbeschaffung und -nutzung zu achten. Absatzgesteuerte Auflagezahlen und Drucken auf Nachfrage (Print-on-Demand-Angebote) können den Papierbedarf deutlich verringern. Betrachtet man die Ökobilanz von Frischfaser- und Recyclingpapieren, wird der Vorteil von Recyclingprodukten deutlich sichtbar. So werden zur Herstellung eines Papiers aus Primärfasern wesentlich mehr Energie, Wasser und Chemikalien benötigt als für Recyclingpapier, daher ist Letzteres zu bevorzugen. Zumal sich die Recyclingpapiere – entgegen einem hartnäckigen Vorurteil – qualitativ, optisch und haptisch (fühl- und greifbar) längst mit Frischfaserpapieren messen können. Auch die Auswahl ist inzwischen recht groß. Den höchsten Anspruch erfüllen Recyclingpapiere, die mit dem Blauen Engel gekennzeichnet sind.

►

Sofern sich der Einsatz von Frischfaserpapier nicht vermeiden lässt, ist darauf zu achten, dass das Holz zur Papierherstellung aus nachhaltiger Produktion stammt. Zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Druckpapieren etablieren sich zunehmend Gütezeichen wie Forest Stewardship Council (FSC) und Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC).

### Ein anderes Drucken ist möglich

Weiteres ökologisches Optimierungspotenzial liegt beim Druck selbst. Daher gilt es, die Druckprozesse genau unter die Lupe zu nehmen, um umweltschädliche Stoffe zu ersetzen, Energie effizient zu verwenden, Abwasser- und Abfallmengen zu begrenzen und die Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOCs) zu verringern. So wäre es aus gesundheitlicher und ökologischer Sicht wünschenswert, keine mineralöhlhaltigen Druckfarben einzusetzen. Einerseits um die begrenzten Erdölvorhaben zu schonen, andererseits um während der Verarbeitung der Druckfarben entstehende Emissionen und unerwünschte Reste im bedruckten Medium zu vermeiden.

Dafür gibt es seit mehr als zehn Jahren Lösungen. Der Offsetdruck kann prinzipiell vollständig auf mineralöhlhaltige Lösemittel in Druckfarben verzichten. Der Einsatz mineralölfreier Druckfarben in vorhandenen Offset-Druckmaschinen ist genauso einfach wie der Einsatz konventioneller Druckfarben. Allerdings sind sie (noch) teurer, weshalb sie in der Praxis kaum verwendet werden.

Problematisch ist die noch immer un-

einheitliche Definition des Begriffs „ökologische Druckfarbe“. Dazu zählen Druckfarben aus nachwachsenden Rohstoffen, die im Bindemittel kein Mineralöl, sondern Monoester von Pflanzenölfettsäuren enthalten.<sup>(1)</sup> Darüber hinaus existieren für den Tiefdruck umweltschonende Druckfarben, deren Bindemittelsystem wasser verdünnbar und komplett lösemittelfrei ist und durch UV-Strahlung vernetzt werden kann. Außerdem sind auch unter den konventionellen Druckfarben solche aus ausschließlich mineralischen farbgebenden Pigmenten tendenziell umweltfreundlicher als solche, deren Farbgebung auf synthetischen Pigmenten basiert, da die Produktion Letzterer mit einem hohen Energieaufwand verbunden ist. Die Druckqualität auf 100-Prozent-Recyclingpapier ist mit dem Druck auf Standard-Offsetpapier, das chlorfrei gebleicht wurde, gleichwertig.

Der Tiefdruck stellt besonders hohe Anforderungen an die Qualität der Druckfarben. Ein umweltschonenderes Tiefdruckverfahren wird derzeit im Laboratorium für Werkstofftechnik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg entwickelt.<sup>(2)</sup>

Geld sparen und gleichzeitig die Umwelt entlasten können Druckereien auch, wenn sie ihren Stromverbrauch analysieren. Laut dem Energieinstitut der Wirtschaft hat die Druckbranche im Vergleich mit verschiedenen anderen Branchen den höchsten Stromverbrauch. Energieeffizienzmaßnahmen im Verlagswesen betreffen deshalb vor allem den Druckbetrieb und dort drei besonders relevante Verbrauchsbereiche: Druckluft, Wärme/Abwärme und elektrische Antriebe mit zum Teil erheblichen Unterschieden hinsichtlich effizienter Energienutzung zwischen den einzelnen Druckmaschinenfabrikaten.

### Klimaneutraler Vertrieb und grünes Büromanagement

Seit der Einführung des Emissionshandels ist der CO<sub>2</sub>-Verbrauch eine weitere Größe, den Unternehmen im Blick haben müssen. Durch Versand und Auslieferung der Publikationen entstehen CO<sub>2</sub> und andere klimaschädliche Gase. Auch während und zwischen den einzelnen Phasen des Pro-

duktlebenszyklus finden Transporte statt. So können sich Verlage und Druckereien beispielsweise bei den Papierherstellern dafür einsetzen, dass die nötigen Papiertransporte mit der Bahn erledigt werden. Um den Vertrieb möglichst klimafreundlich zu gestalten, ist systematisch auf den Einsatz energieeffizienter Fahrzeuge und die Optimierung der Logistik – etwa durch eine Gewichtsreduzierung von Verpackungsmaterialien und die Vermeidung von Leerfahrten – zu achten.

Vor allem aber ist es nötig, Transportwege insgesamt zu reduzieren. Dafür müssen Verlage bewusst mit regionalen Druckereien zusammenarbeiten und die Großhändler auffordern, Lieferaufträge für Druckerzeugnisse in den Einzelhandel vorrangig an regionale Dienstleister zu vergeben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Klimafolgen des Versands zu kompensieren. So bieten verschiedene Paketdienste einen CO<sub>2</sub>-neutralen Versand der Ware an, bei dem Beiträge zu internationalen Klimaschutzprojekten die durch den Transport entstehenden Emissionen kompensieren.

Ein weiteres Minus auf dem CO<sub>2</sub>-Konto lässt sich verbuchen, wenn MitarbeiterInnen und Geschäftsführung des Verlags für Dienstreisen und tägliche Arbeitswege konsequent auf Bus, Bahn und Fahrrad umsteigen.

Auch im Büroalltag gibt es viele Möglichkeiten, umweltfreundlich zu agieren. Durch die Nutzung von Ökostrom und einen bewussten Umgang mit Energie lassen sich CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein Vielfaches verringern. Der Einsatz von energieeffizienten Geräten und deren sparsamer Gebrauch schonen Klima und Geldbeutel. Die Verwendung von ökologisch unbedenklichem Büromaterial ist mittlerweile genauso problemlos möglich wie der Einsatz von umweltfreundlichem Druck- und Kopierpapier.

Wichtigste Voraussetzung für Green Publishing ist jedoch eine von der Sache überzeugte Geschäftsführung. Nur wenn die MitarbeiterInnen sehen, dass Führungskräfte bereit sind, dem verlagsinternen Nachhaltigkeitsmanagement einen hohen Stellenwert einzuräumen, ziehen

## Tiefdruck

Wie der Name schon sagt, bezeichnet Tiefdruck ein Verfahren, bei dem die zu druckenden Elemente als Vertiefung auf der Druckplatte angelegt sind. Die Farbe sammelt sich dann in den durch chemische oder mechanische Verfahren erzeugten Vertiefungen.

sie aktiv mit. Spezielle Broschüren und -veranstaltungen oder bereichsspezifische Workshops, die über Green Publishing informieren, sind nötig und wichtig, reichen allein aber nicht aus. Das Nachhaltigkeitsmanagement muss personell und organisatorisch im Verlag verankert sein.

### Neue Standards für die Verlagsbranche

Es mangelt also offensichtlich nicht an guten Ideen und Verfahren. Allerdings ist das bestehende Wissen zu einzelnen Aspekten umweltfreundlichen Publizierens weit verstreut – eine große Hürde für mehr Umweltengagement in der Verlagsbranche.

Diesen Mangel zu beheben, ist das Ziel des Projektes „Nachhaltiges Publizieren. Neue Standards für die Verlagsbranche“, das der oekom verlag initiiert und dank einer finanziellen Förderung durch das Bundesumweltministerium von August 2011 bis Ende 2012 umgesetzt hat – gemeinsam mit dem ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), der Buchmesse Frankfurt und dem Umweltbundesamt.<sup>(3)</sup> Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, Verlage für ihre gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen zu sensibilisieren, neue, branchenspezifische Standards für nach-

haltiges Publizieren zu entwickeln und der gesamten Branche zugänglich zu machen. In der ersten Projektphase standen die besonders umweltrelevanten Bereiche Papiereinsatz und Druckverfahren im Fokus. Für 2013 ist die Beschäftigung mit den Bereichen Vertrieb und Logistik sowie dem umweltfreundlichen Büroalltag geplant.

Es wurden bestehende und praktizierte Umweltschutzansätze und -standards im Verlags- und Druckereiwesen identifiziert und daraufhin untersucht, ob sie prinzipiell Anforderungen an nachhaltige Papierbeschaffung und Druckprozesse formulieren und inwieweit diese als ausreichend anzusehen sind. Noch existiert – neben dem aus Sicht der Projektpartner noch unzureichenden EU-Umweltzeichen für Druckerzeugnisse – kein Standard, der Anforderungen zur Nachhaltigkeit bei Druckpapieren und in Druckprozessen umfassend thematisiert und der von Unternehmen erfüllt wird. Daher hat das Projekt Kriterien für Umweltstandards erarbeitet und in themenspezifischen Expertenworkshops sowie anlässlich mehrerer Branchenveranstaltungen mit Stakeholdern der Verlagsbranche ausführlich diskutiert. Auf der Buchmesse in Frankfurt im Oktober 2012 wurden die „Anforderungen zur Nachhaltigkeit bei Druckpapieren und in Druckprozessen“ präsentiert.<sup>(4)</sup>

Aktiver Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind für Verlage längst keine Zukunftsmusik mehr, die Nachfrage nach ökologischen Produkten boomt. Das ressourcen-, energie- und klimaschonend oder gar wirklich klimaneutral und nicht „nur“ klimakompensiert hergestellte Verlagsprodukt wäre allerdings eine echte Neuheit. Diese Marktlücke gilt es zu besetzen.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.hdm-stuttgart.de/printing-green/do3-tosq.htm#nach](http://www.hdm-stuttgart.de/printing-green/do3-tosq.htm#nach)
- ▶ (2) [www.nachhaltigkeit.org/201101066425/materialienprodukte/nachrichten/umweltschonender-tiefdruck](http://www.nachhaltigkeit.org/201101066425/materialienprodukte/nachrichten/umweltschonender-tiefdruck)
- ▶ (3) [www.nachhaltig-publizieren.de](http://www.nachhaltig-publizieren.de)
- ▶ (4) [www.nachhaltig-publizieren.de/index.php?id=1239](http://www.nachhaltig-publizieren.de/index.php?id=1239)

Die Geistes- und Sozialwissenschaftlerin Anke Oxenfarth arbeitet seit 1999 beim oekom verlag, seit 2002 in der Chefredaktion der Fachzeitschrift politische ökologie. Sie ist stellvertretende Leiterin des Unternehmensbereichs Zeitschriften und leitet seit 2011 die Stabsstelle Nachhaltigkeit des Verlags.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)89 / 544184-43,  
E-Mail:  
[oxenfarth@oekom.de](mailto:oxenfarth@oekom.de),  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)



# Slow Food®

Magazin

## Genießen mit Verstand

Wissen Sie, wo Ihre Milch herkommt? Kennen Sie Ihren Metzger persönlich? Können Sie eine Räucherfischpfanne zubereiten? Haben Sie schon einmal echte Alblinsen, Ahle Wurscht aus Nordhessen oder ein Ramelsloher Blaubein probiert?

Das *Slow Food Magazin* bringt Ihnen die Welt der Lebensmittel näher – getreu dem Motto „gut, sauber und fair“. Lassen Sie sich kulinarisch inspirieren, lassen Sie sich mitnehmen auf *Genussreise* und ins *Geschmackslabor* – und erfahren Sie außerdem, warum Essen politisch ist!

Testen Sie das *Slow Food Magazin* im günstigen Probeabonnement:

**Drei Ausgaben für nur 10 Euro.** Sie werden auf den Geschmack kommen!

Erhältlich bei: [www.oekom.de/slowfood](http://www.oekom.de/slowfood), [slowfood@oekom.de](mailto:slowfood@oekom.de)

**oekom**  
verlag



## Klimapolitik

# Braunkohle trotz Energiewende

Obwohl immer mehr Energie aus erneuerbaren Quellen kommt, hält sich die Braunkohle hartnäckig

**Während der Kampf gegen neue Steinkohlekraftwerke in Deutschland aus Sicht von Umweltverbänden ziemlich erfolgreich war, scheint sich das Fossil Braunkohle als Profiteur der Energiewende zu entpuppen. Das Milliardengeschäft mit dem schmutzigen Brennstoff lohnt sich nach wie vor – ein klima- und energiepolitischer Irrsinn, der dringend gestoppt werden muss. ■ VON DANIELA SETTON, KLIMA-ALLIANZ**

In den vergangenen Jahren konnten in Deutschland erstaunliche Erfolge beim Klimaschutz erzielt werden. Seit 2007 mussten 19 Steinkohlekraftwerksprojekte mit einer Gesamtkapazität von 18.900 Megawatt (MW) wieder abgeblasen werden. Dem Klima blieben damit Emissionen in Höhe von 106 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr erspart. Seit der Post-Fukushima-Kehrtwende der Merkel-Regierung Mitte 2011 wurden allein vier Steinkohlevorhaben gestrichen, um die es jahrelang heftige politische Auseinandersetzungen gegeben hatte. Der starke Protest verzögerte die Planungsprozesse für die Kohlemeiler so lange, bis die veränderten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Projekten endgültig den Gar aus machten. Inzwischen ist auch der Energiebranche klar, dass neue Steinkohleblöcke in Deutschland wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll sind.

Ein Blick auf die Braunkohle trübt jedoch das Bild. Kein einziges Braunkohlekraftwerksprojekt konnte in den vergangenen Jahren gestoppt werden. Zwar konnten die von Abbaggerung betroffenen Gemeinden gemeinsam mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen zum Beispiel Planverfahren für neue Tagebaue hinauszögern. Doch durchschlagende Erfolge blieben bisher aus. 2012 gingen bereits zwei große neue Braunkohlekraftwerke in Betrieb: der RWE-Klimakiller BoA 2 und 3 in Neurath (2.200 Megawatt) sowie der neue Vattenfall-Kohleblock Boxberg R (675 Megawatt) in Sachsen. Für zwei Neubauvorhaben läuft das Planungsverfahren: das RWE-Kraftwerk „BoAplus“ in Niederaußem (2 x 550 Megawatt) sowie der 675-Megawatt-Block der Mibrag in Profen.

Es ist paradox: Gerade die schmutzige Braunkohleverstromung lohnt sich im Land der Energiewende, derzeit stellt sie ein Viertel der deutschen Stromerzeugung. Der rasant wachsende Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen drückt zwar die Preise an der Strombörse und damit auch die Margen und die Auslastung konventioneller Kraftwerke. Doch während Gaskraftwerke aufgrund von hohen Gas- und niedrigen CO<sub>2</sub>-Preisen vom Markt gedrängt werden, steht die Braunkohle vergleichsweise gut da. So meldete Vattenfall für 2012 mit fast 63 Millionen Tonnen Rekordumsätze bei der Lausitzer Braunkohle. Die Nachfrage sei so hoch wie zuletzt 1993, bei der Stromerzeugung sei der höchste Stand seit der deutschen Wende erreicht. Analysten bescheinigen auch RWE „robuste Gewinne in einem schwierigen Marktumfeld“, der Konzern profitiere von einer „kostengünstigen Stromerzeugung“ aufgrund des hohen Braunkohleanteils im Brennstoffmix. Die Stromerzeugung aus Braunkohlekraftwerken stieg von 2010 bis 2012 von 145,9 auf 158 Milliarden Kilowattstunden, was einer Steigerung um satte acht Prozent entspricht. Auch die Steinkohleverstromung konnte im selben Zeitraum leicht zulegen, von 117 auf 118 Milliarden Kilowattstunden. Bei den Gaskraftwerken gibt es seit 2010 einen Einbruch um 17 Milliarden Kilowattstunden – der niedrigste Wert seit 2004.

## Braunkohle ohne Zukunft?

Von einer Renaissance oder einem Comeback der Braunkohle kann in Deutschland jedoch keine Rede sein. Richtig ist vielmehr, dass es dem klimaschädlichsten

Energieträger bisher auch trotz rasant wachsender Strommengen aus erneuerbaren Energien gelingt, seinen hohen Anteil an der Stromversorgung zu behaupten. Die spannende Frage ist: wie lange noch? Es gibt Hinweise darauf, dass der Anteil der Braunkohle wieder sinken wird. Nach Angaben des Bundesverbandes der Braunkohle (DEBRIV) ist allein die Inbetriebnahme der drei neuen Braunkohleblöcke in Neurath und Boxberg für den erheblichen Zuwachs des Braunkohleanteils an der Stromerzeugung von etwa 6,3 Prozent von 2011 auf 2012 verantwortlich. Da einige Kraftwerke im Rheinischen Revier stillgelegt wurden, ist dies wohl ein einmaliger Effekt. Vermutlich wird auch der lukrative Export von Kohlestrom aufgrund der Engpässe bei den Kuppelstellen der Stromnetze bald an Grenzen stoßen.

## Bestandskraftwerke statt Neubau

In einer kürzlich veröffentlichten Studie<sup>(1)</sup> geht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) von einer sinkenden Bedeutung der Braunkohle aus. Neue Braunkohlekraftwerke rechnen sich nicht, so die Kernaussage der Wirtschaftsforscher. Aufgrund hoher Investitionskosten, abnehmender Betriebsstunden sowie des Endes der kostenlosen Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten ab 2013 sei von einem relativ raschen Auslaufen der Braunkohle bis etwa 2040 auszugehen.

Die Braunkohleindustrie kritisiert die Ergebnisse der DIW-Studie erwartungsgemäß als „nicht nachvollziehbar“ und sieht den Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung auch in den nächsten Dekaden auf gleichbleibend hohem Niveau. Wäh-

rend der stärkere Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2030 insbesondere zu einem Rückgang bei der Erdgas- und Steinkohlestromerzeugung sowie Veränderungen beim Stromaußenhandel führen würde, bliebe die „preiswerte“ Braunkohleverstromung aufgrund der geringen Erzeugungskosten nahezu unberührt. Im Vordergrund steht hier aus Sicht der Industrie weniger der Neubau, vielmehr bildeten in den kommenden zwei Jahrzehnten die bestehenden Braunkohlekraftwerkskapazitäten das „Rückgrat der deutschen Stromversorgung“.

### Tausende von Umsiedlung bedroht

Dies wäre nicht nur klimapolitisch fatal. Die sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Kosten der Abbaggerung des klimaschädlichsten Energieträgers sind enorm. Die Braunkohleverstromung basiert auf der Verwüstung ganzer Landstriche, der Zerstörung von Dörfern und der großflächigen Vernichtung von Jahrtausende alten, wertvollen Naturräumen und Kulturlandschaften. Über Jahrhunderte gewachsene Orte verschwinden vom Erdboden, Menschen müssen wegen des undemokratischen deutschen Bergrechts ihre Heimat verlassen, ob sie wollen oder nicht. Mehr als 10.000 Menschen sind derzeit von neuen Tagebauen bedroht. Die enorme Grundwasserabsenkung führt zudem zu erheblichen Bergschäden sowie Umwelt- und Wasserproblemen. Und jeden Tag fressen sich in Deutschland die Braunkohlebagger weiter durch das Land. Ein baldiges Ende dieses Irrsinn ist nicht in Sicht. Im Lausitzer Revier will Vattenfall in den kommenden Jahrzehnten fünf neue Tagebaue erschließen, im Rheinischen Revier läuft ein bergrechtliches Verfahren um die Fortführung des Tagebaus Hambach und die Mibrag plant die Erschließung des Tagebaus Lützen im Mitteldeutschen Revier.

### Ausstieg aus der Braunkohle ist nötig

Es muss endlich Schluss damit sein, dass im „Land der Energiewende“ über 10.000 Menschen vom Verlust ihrer Heimat durch die Abbaggerung der Braunkohle bedroht sind: in den Revieren im Rheinland, in

der Lausitz und in Mitteldeutschland, wo ganze Landstriche mit ihrem enormen kulturellen und ökologischem Reichtum dem Erdboden gleichgemacht werden.

Doch derzeit fehlt quer durch alle Parteien der politische Durchsetzungswille gegen die Braunkohle. Die Beteiligung von ehemals erklärten grünen und linken Braunkohlegegnern in den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ist in dieser Hinsicht leider allzu enttäuschend. Der Umstieg in eine klimafreundliche und soziale Energieversorgung ist möglich und kann nur gelingen, wenn das Ende der Braunkohle so schnell wie möglich eingeleitet wird. Die Hoffnung liegt also auf dem erstarkenden Braunkohlewiderstand in Deutschland, den Bürgerinitiativen und Umweltverbände mit den betroffenen Gemeinden meist vor Ort und auf Landesebene tragen. Seit Kurzem erhalten sie medienwirksame Unterstützung von engagierten, jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten.

Es ist derzeit noch eine offene Frage, wie es gelingen kann, die Dominanz der Braunkohle innerhalb des schrumpfenden Marktes für fossile Stromerzeugung zugunsten der klima- und umweltverträglicheren Gaskraftwerke zu brechen. Klaus Töpfer, ehemaliger CDU-Umweltminister, schlug jüngst als Ergänzung zum Emissionshandel die Einführung von strikten CO<sub>2</sub>-Obergrenzen vor, um Braunkohlekraftwerke nach einer kurzen Übergangszeit vom Markt zu drängen. Eine wichtige Forderung, die in der Debatte um Klimaschutz und Energiewende hoch oben auf die politische Tagesordnung gehört.

#### Anmerkung

► (1) [www.kurzlink.de/diw-braunkohle-2012](http://www.kurzlink.de/diw-braunkohle-2012)

Die Politologin Daniela Setton leitet die Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz Deutschland.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 6781775-71,  
E-Mail:  
[setton@klima-allianz.de](mailto:setton@klima-allianz.de),  
[www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de),  
[www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de)



**soziale technik**  
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 22 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 21,50 (für Studierende € 15,-).

**Kostenloses Probeabonnement!**

**Mit Beiträgen zu:**

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik

**soziale technik**  
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

**Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:**  
Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11  
E-mail: [reinhard.waechter@aau.at](mailto:reinhard.waechter@aau.at)  
Web: [www.ifz.aau.at/sote](http://www.ifz.aau.at/sote)

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## DNR-Themenheft

**Ressource: Abfall**

■ Die EU-Koordination des DNR hat eine neue Broschüre erstellt. Das zwölfseitige Themenheft „Ressource: Abfall. Auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft“ ist ab sofort online und in gedruckter Fassung erhältlich. [ib]

- ▶ [www.eu-koordination.de/PDF/2013-1-abfall.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/2013-1-abfall.pdf)
- ▶ Bezug Druckfassung: Deutscher Naturschutzring, EU-Koordination, Marienstraße 19-20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781175-85, E-Mail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de), [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## EU-Abfallwirtschaft

**Geld könnte wirksamer eingesetzt werden**

■ Prüfer des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) haben der EU-Förderung von Infrastrukturen für die Siedlungsabfallwirtschaft nur eine „begrenzte Wirksamkeit“ bescheinigt.

In einem Sonderbericht von Anfang Februar wurden 26 Abfallbewirtschaftungsinfrastrukturen in acht Regionen in Spanien, Italien, Portugal und Rumänien untersucht. Dabei ging es um Sortier-, Kompostier- oder Vergärungsanlagen, Anlagen zur mechanisch-biologischen Behandlung und Abfalldeponien, die EU-Fördermittel aus unterschiedlichen Quellen – zum Beispiel aus dem Kohäsionsfonds – für diese Anlagen erhalten hatten. Der EuRH analysierte, ob die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Ziele der EU-Abfallpolitik dadurch wirksam unterstützt wurden.

Obwohl in allen Regionen Verbesserungen bei der Abfallbewirtschaftung festzustellen waren, erreichte nur jede vierte Region die EU-Abfallziele, schreibt der EuRH. Dies gelang hauptsächlich denjenigen, die zusätzlich zu den technischen Neuerungen auch flankierende Maßnah-

men durchführten. Nur in den Regionen, die biologisch abbaubare Abfälle getrennt sammeln, konnten EU-Zielvorgaben für die Verringerung von Deponiemüll erreicht werden. Der EuRH bemängelte außerdem Schwachstellen bei den Rechtsvorschriften und fehlende Leitlinien der EU, unter anderem für Abfallvermeidung. Die Mitgliedstaaten stellen darüber hinaus laut EuRH nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die Kosten der Stilllegung und Nachsorge bei Mülldeponien für einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren zu decken. [jg]

- ▶ EuRH: [www.kurzlink.de/eca-2013](http://www.kurzlink.de/eca-2013)

## Kreislaufwirtschaft

**Verbrennen statt Wiederverwerten?**

■ In der EU wird immer noch zu viel Müll verbrannt, der wiederverwertet werden könnte. Darüber informiert eine Studie des Internationalen Netzwerkes gegen Müllverbrennung (GAIA), die Ende Januar erschienen ist. Die Ursache dafür seien Überkapazitäten von Müllverbrennungsanlagen in vielen EU-Staaten, darunter auch Deutschland, die Recycling unwirtschaftlich machten. Umweltverbände sind besorgt über diese Entwicklung und befürchten einen Rückgang der Recyclingquote.

In vielen Ländern seien die Kapazitäten in der Müllverbrennung größer als die anfallende Abfallmenge – dadurch seien die Anreize, den Abfall wiederzuverwerten, entsprechend gering. Eine negative Begleiterscheinung ist, dass immer mehr Abfall über weite Strecken transportiert werde, bis er entsorgt wird, auch über Ländergrenzen hinaus. Trotzdem plane die Industrie den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen.

Abfallexperte Hartmut Hoffmann vom BUND übt Kritik und verweist an die EU. Es gebe kaum Hürden für den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen und die Recyclingindustrie zeige nur langsam Fortschritte. Das GAIA fordert eine stärkere Regu-

lierung der Müllverbrennungskapazitäten durch die EU-Kommission. [ww]

- ▶ GAIA: [www.kurzlink.de/gaiapress01/13](http://www.kurzlink.de/gaiapress01/13)

## Ersatzbaustoffverordnung

**Bodenschutz ganz neu?**

■ Bis Ende Februar hatten die einzelnen Bundesressorts Zeit, den nunmehr dritten Entwurf des Umweltministeriums (BMU) zur Mantelverordnung mit Änderungen zu den Verordnungen zu Grundwasser, Ersatzbaustoffen, Bodenschutz und zu Deponien zu kommentieren. Kernstück ist die Ersatzbaustoffverordnung, in der es unter anderem um die Verwertung mineralischer Abfälle und Rückstände aus der Industrie in Bauwerken geht. Die Bundes-Bodenschutzverordnung soll bei der Überarbeitung der Mantelverordnung neu gefasst und anders eingeteilt werden. Dabei geht es auch um einen vorsorgeorientierten Bodenschutz, der bestimmte Prüf- und Grenzwerte vor dem Einbringen von Materialien in Böden einbezieht und gleichzeitig die Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes einhält.

Ein ausführlicher Artikel von Martin Albrecht über die verschiedenen Änderungsvorschläge ist in der Zeitung „Der Umweltbeauftragte“ vom Februar nachzulesen. [jg]

- ▶ Arbeitsentwurf BMU: [www.bmu.de/N46921](http://www.bmu.de/N46921)
- ▶ [www.kurzlink.de/ub-2013-2-albrecht](http://www.kurzlink.de/ub-2013-2-albrecht)

## Papierverbrauch

**Weniger ist manchmal mehr**

■ Der jährliche Pro-Kopf-Papierverbrauch liegt in Deutschland bei 243 Kilogramm. Insgesamt ist Deutschland damit der fünftgrößte Papierverschwender der Welt, kritisierte die Naturschutzorganisation Robin Wood im Januar. Der Verein fordert eine achtsamere Nutzung, die Verwendung von Recyclingpapier und die Reduzierung des Verbrauchs. Des Weiteren



sollte kein Papier aus Tropenwald-Raubbau verwendet werden. Scharfe Kritik äußerte Robin Wood an einem der führenden Zellstoff- und Papierunternehmen, Asia Pulp & Paper (APP). APP produziere größtenteils in Indonesien und habe innerhalb von 29 Jahren allein auf der indonesischen Insel Sumatra mehr als zwei Millionen Hektar Regenwald zerstört. Damit fördere der Konzern neben dem Verlust der Artenvielfalt die Freisetzung klimaschädlicher Treibhausgase. Eine dreijährige Kampagne der Umweltorganisation Greenpeace gegen APP hatte jüngst Erfolg. Der Konzern teilte im Februar mit, dass für APP in Indonesien ab sofort keine Regenwälder mehr gerodet werden. [hk]

- ▶ Robin Wood, Papierexpertin Angelika Krumm, Tel. +49 (0)3332/ 252010, E-Mail: papier@robinwood.de, www.robinwood.de/papier
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/greenpeace-app

#### Gefährlicher Weichmacher

### EU-weites Verbot von Bisphenol A in Sicht?

■ Schweden will die Chemikalie Bisphenol A (BPA) komplett verbieten. Nur so könne man mögliche gesundheitliche

Langzeitschäden vollkommen ausschließen. Laut der schwedischen Umweltministerin Lena Ek verstoßen die EU und die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA gegen das Vorsorgeprinzip. Sie hätten trotz Hinweisen über die Risiken der Chemikalie kein Totalverbot in Erwägung gezogen.

In der schwedischen Zeitung Svenska Dagbladet weist Ek auf die negativen Auswirkungen der hormonell wirksamen Chemikalie hin. BPA ist ein Grundstoff der Chemieindustrie zur Herstellung von Kunststoffen, der vom menschlichen Körper aufgenommen werden kann. Der Weichmacher ist zum Beispiel in Verpackungsmaterial, Wasserrohren und Konservendosen zu finden. Nach Angaben der Umweltministerin sind vor allem Kinder von den Auswirkungen der Chemikalie betroffen. Die Europäische Umweltagentur warnt schon lange vor irreparablen Schäden an Ökosystemen durch BPA. [ww]

- ▶ www.kurzlink.de/bpa-artikel-feb13

#### EU-Chemikalienpolitik

### Schwaches REACH-Review

■ Die EU-Kommission hat im Februar einen überwiegend positiven Rückblick auf die ersten fünf Jahre Gültigkeit der

EU-Chemikalienverordnung REACH veröffentlicht.

Chemikalien seien sicherer geworden, REACH stelle einen Motor für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit dar. Die Industrie sei außerdem kontinuierlich auf der Suche nach Ersatz für die gefährlichen Substanzen. Inzwischen habe die Europäische Umweltagentur (ECHA) 30.601 Dossiers von Unternehmen registriert; darin sind die Anwendungen und Eigenschaften von 7.884 chemischen Stoffen beschrieben.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte, dass der Bericht acht Monate später als angekündigt veröffentlicht wurde und dass er statt fünf Problembereichen nur drei analysiert. Die Funktionsweise der ECHA sei nur oberflächlich untersucht worden.

In dem Review der EU-Kommission würden zwar Probleme angesprochen – beispielsweise die mangelnde Qualität der von Unternehmen eingereichten Dossiers –, allerdings gebe es keinerlei Lösungsvorschläge. Auch werde nicht genug dafür getan, gefährliche Chemikalien durch ungefährliche Alternativen zu ersetzen. Bei der Überprüfung der Umsetzung von REACH schlage die EU-Kommission einen zusätzlichen „risikobasierten Ansatz“ für die Identifizierung von besonders besorgniserregenden Substanzen vor. Das

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## B wie beispielhaft

Nachhaltiges Wirtschaften ist möglich – das beweisen zahlreiche engagierte Persönlichkeiten, die das Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen, aber auch in Wissenschaft, Medien und anderen Institutionen erfolgreich voranbringen. »Pioniere der Nachhaltigkeit« stellt einige dieser Menschen vor: Mal als Vordenker ihrer Disziplin, mal als Vorbild ihrer Branche. Und immer mit außergewöhnlich großem persönlichem Engagement.

**B.A.U.M. e.V. - Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (Hrsg.)**  
**Pioniere der Nachhaltigkeit**  
 20 Jahre B.A.U.M.-Umweltpreis

144 Seiten, Hardcover, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-420-3

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

EEB hält dies für einen Verstoß gegen die Regeln von REACH und befürchtet, dass dies den Registrierungsprozess dieser gefährlichen Chemikalien weiter verlangsamen wird. Zurzeit seien nur 138 sehr gefährliche Stoffe identifiziert – dabei gebe es bereits bis zu 1.500 auf dem Markt. In diesem Tempo müssten die VerbraucherInnen wohl bis 2060 warten, bis alle Stoffe auf der Kandidatenliste für ein Verbot stünden. Auch bei Nanomaterialien sei die REACH-Verordnung weiterhin ungenügend, so das EEB. Die EU-Kommission will in den kommenden Monaten eine Konferenz zum Überprüfungsprozess organisieren. [jg]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/85 und MEMO/13/60)
- ▶ Reaktion EEB: [www.kurzlink.de/eeb-reach-02-13](http://www.kurzlink.de/eeb-reach-02-13)

#### Nanotechnologie

### Chemikalienpolitik anpassen

■ Verschiedene deutsche Bundesbehörden haben gemeinsam ein neues Konzept entwickelt, um Nanomaterialien in der EU-Chemikalienverordnung REACH wirksamer zu regeln. Damit soll die Sicherheit in der Lieferkette und im Lebenszyklus von Nanomaterialien gewährleistet werden.

Das Hintergrundpapier von Umweltbundesamt (UBA), dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) soll Grundlage für politische Entscheidungen sein. Wegen der veränderten chemischen und physikalischen Eigenschaften von Nanomaterialien müssten nach Ansicht von UBA, BfR und BAUA zusätzliche Informationen über die Stoffe und die eventuell damit verbundenen Risiken eigenständig bewertet und dokumentiert werden. Es seien zusätzliche Untersuchungsparameter erforderlich und auch die in REACH bisher vorgesehene Mengengrenzung bei der Jahresproduktion müssten gesenkt werden. Dies erfordere Änderungen an der REACH-Verordnung und ihren Anhängen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba-06/2013](http://www.kurzlink.de/uba-06/2013)

#### Feinstaub

### EU soll Normen verschärfen

■ Die europäische Abteilung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die EU zu strengeren Auflagen ihrer Luftqualitätsnormen aufgerufen. Bisher soll bis Januar 2015 ein EU-Grenzwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) für ultrafeinen Feinstaub in der Größe von 2,5 erreicht werden. Die WHO empfiehlt einen geringeren Grenzwert von 20  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ . Ähnliches kam auch schon 2011 bei einer von der EU finanzierten Studie heraus. Die Kommission überprüft zurzeit ihre Rechtsvorschriften über die Luftqualität. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik erklärte, dass sich die Luftreinhaltepolitik der EU auf die neuesten Ergebnisse stützen müsste. Zu viel Feinstaub kann unter anderem zu Erkrankungen der Atemwege, des Herz-Kreislauf-Systems und zu Arteriosklerose führen. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/who-feinstaub-eu](http://www.kurzlink.de/who-feinstaub-eu)

#### Industrieemissionen

### Umsetzung der EU-Richtlinie schleppend

■ Nur 14 der 27 EU-Mitgliedstaaten haben die Frist zur Umsetzung der neuen Industrieemissionsrichtlinie (IED) in nationales Recht eingehalten. Das berichtet der Umweltdienst ENDS Europe Daily und beruft sich dabei auf Informationen aus der Europäischen Kommission.

Demnach haben nur Belgien, Bulgarien, Dänemark, Irland, Frankreich, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, die Slowakei und Finnland die IED-Richtlinie vollständig oder teilweise in ihre jeweilige nationale Gesetzgebung übertragen. Die Frist zur Umsetzung lief am 7. Januar ab, neue Anlagen unterliegen den neuen IED-Regeln.

In Deutschland existiert ein Beschluss der Bundesregierung vom Mai 2012 mit einem Gesetzesvorschlag und einem Ver-

ordnungsentwurf. Die Dokumente müssen allerdings noch von Bundestag und Bundesrat diskutiert und angenommen werden. [jg]

- ▶ [www.endseurope.com/30563](http://www.endseurope.com/30563) (kostenpflichtig)
- ▶ Hintergrund/Der Umweltbeauftragte: [www.kurzlink.de/ub-2-2012](http://www.kurzlink.de/ub-2-2012)  
[www.kurzlink.de/ub-3-2012](http://www.kurzlink.de/ub-3-2012)

#### Luftschadstoffe

### Ozonwerte zu hoch

■ Immer noch gibt es gesundheitsgefährdende Überschreitungen der Grenzwerte, dafür aber nicht so oft. Das ist das Ergebnis des alljährlichen Berichts über bodennahes Ozon, den die Europäische Umweltagentur (EEA) im Februar veröffentlicht hat.

In der Europäischen Union gelten bestimmte Grenzwerte für bodennahes Ozon: der langfristige Mittelwert von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ), gemittelt über acht Stunden, die Informationsschwelle von 180  $\mu\text{g}/\text{m}^3$  und die Alarmschwelle von 240  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ .

Der Langfristwert von 120  $\mu\text{g}/\text{m}^3$  wurde in allen EU-Mitgliedstaaten im Sommer 2012 (April bis September) überschritten – nur in Estland nicht. In 17 EU-Staaten wurde der Wert an mehr als 25 Tagen pro Jahr überschritten. Das ist der Maximalwert, den die EU zum Schutz der menschlichen Gesundheit festgelegt hat. Die Informationsschwelle wurde an 28 Prozent der Messstationen überschritten.

Immerhin 25 von den 2.107 Messstellen meldeten eine Überschreitung der Alarmschwelle. Die Werte stammen aus sieben EU-Mitgliedstaaten. Die höchsten Ozonwerte wurden zwischen dem 24. und 28. Juli 2012 gemessen.

In Deutschland wurden an 126 von 260 Messstationen einstündige Überschreitungen der Grenzwerte gemeldet. Der höchste Wert lag bei 245  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ . Fast alle Stationen meldeten die Überschreitung des langfristigen Mittelwertes von 120  $\mu\text{g}/\text{m}^3$  Ozon, davon 13 Stationen an über 25 Tagen. Somit wurden in Deutschland im Sommer 2012 an insgesamt 80 Tagen zu hohe

Ozonwerte gemessen. Das Maximum der Grenzwertüberschreitung über acht Stunden lag bei 225 µg/m<sup>3</sup>.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat eine vorläufige Auswertung der Luftschadstoffsituation von Deutschland im Jahr 2012 herausgebracht, in dem auch Stickstoffdioxid- und Feinstaubwerte (10 Mikrometer) analysiert werden. Demnach waren auch diese im Durchschnitt zu hoch, Grenzwerte wurden viererorts überschritten. [jg]

- ▶ EEA: [www.kurzlink.de/eea-ozon-2012](http://www.kurzlink.de/eea-ozon-2012)
- ▶ UBA: [www.kurzlink.de/uba-publ-4421](http://www.kurzlink.de/uba-publ-4421)

### Hafenluft

## Ökostandards für Schifffahrt

■ Weil die Luftverschmutzung in Häfen maßgeblich zur innerstädtischen Luftverschmutzung beiträgt, hat der NABU ein neues Projekt gestartet: „Saubere Luft in Häfen“. Innerhalb des Jahres sollen in sechs Hafenstädten Workshops durchgeführt werden, die Feinstaub, Dieselruß, Schwefeldioxid und andere Schadstoffe durch den Schiffsverkehr zum Thema haben. Fünf europäische Länder beteiligen sich an dem EU-geförderten Projekt, das ökologische Standards für europäische Häfen entwickeln soll. [jg]

- ▶ NABU, Julia Balz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841625, E-Mail: [julia.balz@nabu.de](mailto:julia.balz@nabu.de), [www.nabu.de/themen/verkehr/schifffahrt](http://www.nabu.de/themen/verkehr/schifffahrt)

### Luftqualität

## EU-Kommission will früher durchgreifen

■ Die EU-Kommission will künftig nicht mehr warten, bis Mitgliedstaaten gegen die Grenzwerte für Luftreinhaltung verstoßen, bevor sie rechtliche Schritte einleitet. Stattdessen will sie die Länder schon dann zur Rechenschaft ziehen, wenn diese bei anhaltend zu hohen Messwerten für Feinstaub keine Aktionspläne verabschieden, die

die Luftqualität verbessern sollen. Diese Aktionspläne sind in der Richtlinie vorgeschrieben. Auf diese Weise will die Kommission die Wahrscheinlichkeit verringern, dass Qualitätsstandards nicht eingehalten werden. Im Rahmen des neuen Verfahrens hat die Kommission Ende Januar Slowenien, Lettland und Bulgarien aufgefordert, Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung zu ergreifen. Zu den Ländern, die permanent gegen die Grenzwerte für Feinstaub (10 Mikrometer Größe) verstoßen, gehört auch Deutschland. [am]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/47)

### Griechenland

## Krise führt zu Smog

■ Weil die durch die Wirtschaftskrise gebeutelten Griechen an Heizöl sparen und vermehrt auf Holzabfälle zurückgreifen, sind die Feinstaubwerte in Athen deutlich angestiegen. Das meldete das Deutschlandradio Anfang Februar. Das Heizöl war vor der Krise stark subventioniert und deshalb teils auch als Treibstoff eingesetzt worden. Die staatliche Bezuschussung sei nun weggefallen, dafür greife die Bevölkerung auf günstigere, aber umweltschädlichere Materialien zurück. Werte von über 300 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter seien keine Seltenheit. [jg]

- ▶ [www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1999516](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1999516)

### GLOBALISIERUNG & EINE WELT

### Olympische Winterspiele 2014

## Aktivistenprotest in Sotschi

■ Umweltschützer haben die „verheerenden Auswirkungen“ der für das nächste Jahr geplanten olympischen Winterspiele in Sotschi scharf kritisiert. Laut Medienberichten forderten Aktivisten der Umweltwache Nordkavkasus die Bevölkerung



SEZ  
Stiftung Entwicklungszusammenarbeit  
Baden-Württemberg

Messe Stuttgart  
Mitten im Markt



Partner:



ifo  
Institut für  
Ökonomische  
Forschung



# FAIR HANDELN

Internationale Messe für Fair Trade  
und global verantwortungsvolles  
Handeln





### Von Afrika bis Zertifizierung

Die **FAIR HANDELN** ist eine Messe für alle, die sich engagiert für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln einsetzen. Sie stellt einen Marktplatz dar für Fachbesucher und Endverbraucher und zeigt das Spektrum von fair gehandelten Produkten, Nahrungsmitteln bis hin zu Textilien, Kosmetik und Kunst. Mit ihren zahlreichen Bildungsveranstaltungen, Forumsbeiträgen und Podiumsdiskussionen ist sie die Leitmesse für den Fairen Handel in Deutschland.

**Ausstellungsbereiche:**

- Fairer Handel
- Nachhaltiger Tourismus
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Corporate Social Responsibility (CSR)

## 11. – 14. April 2013

Messe Stuttgart  
[www.fair-handeln.com](http://www.fair-handeln.com)

Donnerstag 14 bis 22 Uhr  
Freitag – Sonntag 10 bis 18 Uhr

auf, die Veranstaltung zu boykottieren. Die neuen Auto- und Bahnstrecken hätten das Ökosystem des Flusses Msymta zusammenbrechen lassen, ganze Dörfer müssten den Spielen weichen. Die Aktivisten wollen ein „Schwarzbuch“ über die Umweltsünden im Internet veröffentlichen. Es ist das erste Mal, dass die Winterspiele in Russland stattfinden. Schon bei der Vergabe an den Kurort Sotschi 2007 hatte der NABU vor Umweltschäden im empfindlichen Kaukasusgebiet gewarnt. [jg]

- ▶ <http://de.ria.ru/zeitungen/20130207> (14:45)
- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/nabu-sotschi](http://www.kurzlink.de/nabu-sotschi)

## Brasilien

### Landlosenführer erschossen

■ Die Right-Livelihood-Stiftung hat Ende Januar die Ermordung von Cícero Guedes, einem Koordinator der brasilianischen Landlosenbewegung MST, scharf verurteilt. Die MST hatte 1991 den von der Stiftung vergebenen „Alternativen Nobelpreis“ erhalten. Guedes hatte sich jahrelang für Menschenrechte und nachhaltige Landwirtschaft eingesetzt. [jg]

- ▶ [www.rightlivelihood.org](http://www.rightlivelihood.org)
- ▶ [www.mstbrazil.org](http://www.mstbrazil.org)

## Staudamm Belo Monte

### Robin Wood versus Siemens

■ Ende Januar hat die Umweltorganisation Robin Wood mit einer Kletteraktion gegen die Beteiligung von Siemens am Bau des Belo-Monte-Staudamms in Brasilien protestiert. Anlässlich der Hauptversammlung im Münchner Olympiastadion verteilte Robin Wood zusammen mit anderen Organisationen Informationen über die Vertreibung Zehntausender Menschen von ihrem Land und die großflächige Zerstörung von Regenwald.

Belo Monte soll der drittgrößte Staudamm der Welt werden. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen dieses Mega-Projekts am Xingu-Fluss im brasilianischen Amazonasbecken seien enorm. Gegen die Beteiligung von Siemens haben sich auch kritische Aktionäre ausgesprochen.

Das kanadische Bergbauunternehmen Belo Sun plant nach Angaben des Kommunalradios Amarc Brasil außerdem, am Xingu-Fluss eine große Goldmine aufzubauen. Neben dem großflächigen Einsatz von Schadstoffen zur Goldgewinnung besteht die Gefahr, dass erneut die Rechte der indigenen Bevölkerung ignoriert werden. [jg]

- ▶ [www.robinwood.de](http://www.robinwood.de) (Pressemitteilungen – 23.01.2013)
- ▶ Amarc Brasil: <http://tinyurl.com/b6ym4bk>

## Smogalarm

### Dicke Luft über Peking und Neu-Delhi

■ Wochenlang vernebelten dicke Luftschadstoffwolken die Luft über Peking und anderen chinesischen Städten. Ende Januar musste laut Spiegel sogar der Luftnotstand ausgerufen werden, weil die Werte auf dem Air Quality Index (AQI) am unteren Ende der Skala angekommen waren. Wegen der Luftströmungen wehte die Schadstoffwolke anschließend bis nach Japan, wo ebenfalls Smogalarm ausgelöst wurde.

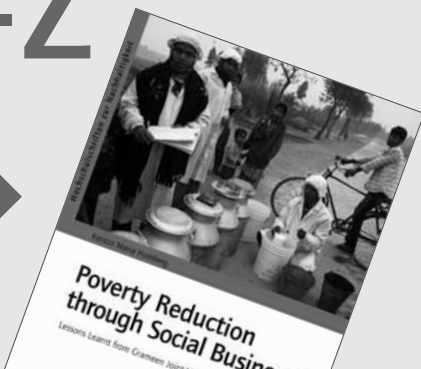
Auch in indischen Megastädten liegt die Luftqualität regelmäßig im gesundheitsgefährdenden Bereich und ist sogar schlechter als in Peking, berichtete die Zeit. Auch in Delhi, Kalkutta oder Mumbai hält der Smog über Wochen an. [jg]

- ▶ Spiegel: [www.kurzlink.de/spiegel-2013-02-04](http://www.kurzlink.de/spiegel-2013-02-04)
- ▶ Zeit: [www.kurzlink.de/zeit-2013-02-02](http://www.kurzlink.de/zeit-2013-02-02)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## A wie Armutsbekämpfung

Die Erfolge von Muhammad Yunus' »Social Business« sind umstritten. Dieses Buch wirft einen Blick hinter die Kulissen, zeigt die Meinungen der Menschen vor Ort und analysiert Stärken wie Schwächen des Konzepts. Kerstin Maria Humberg gibt mit ihrer Dissertation die dringend ausstehende wissenschaftliche Antwort auf oberflächliche und skandalfixierte Medienberichte.

K. M. Humberg  
**Poverty Reduction through Social Business?**  
 Lessons Learnt from Grameen Joint Ventures in Bangladesh  
 Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 53  
 334 Seiten, broschiert, in englischer Sprache, 34,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-287-2

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## KLIMA &amp; ENERGIE

## Klimaschutz

**USA senkt CO<sub>2</sub>-Ausstoß**

■ Die Treibhausgasemissionen der USA sind in den vergangenen fünf Jahren um 13 Prozent gefallen. Dies hat eine neue Studie des Analysedienstes Bloomberg New Energy Finance gezeigt. Erstmals liegt der CO<sub>2</sub>-Wert der USA damit auf dem Niveau von 1994. Damit sei bereits die Hälfte des von Barack Obamas festgelegten Klimaziels geschafft.

Gründe dafür seien der verstärkte Einsatz von energiesparenden Technologien, der Boom erneuerbarer Energien und der Anstieg der Förderung von Schiefergas, auch Fracking genannt.

Im kommenden Jahrzehnt möchte Obama die Emissionen weiter senken – unter das Niveau von 2005. Laut einer Studie des World Resources Institute kann dies aber nur passieren, wenn Grenzwerte für Kraftwerke gesetzt und klimaschädliche Gase wie fluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKW) in Kälte und Kühlmitteln verboten werden. [aw]

- ▶ Sustainable Energy in America 2013 Factbook: [www.kurzlink.de/sus-en-2013](http://www.kurzlink.de/sus-en-2013)
- ▶ Studie des WRI (PDF): [http://pdf.wri.org/can\\_us\\_get\\_there\\_from\\_here.pdf](http://pdf.wri.org/can_us_get_there_from_here.pdf)

## EU-Treibhausgasemissionen

**Unerwartet starker Rückgang**

■ Die Treibhausgasemissionen der EU sind 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent gefallen. Zu diesem Schluss kommt der Energie- und Umweltdienst Point Carbon, der die Daten aus den Mitgliedstaaten zusammenstellte. Die Gründe seien neben den andauernden Effekten der Schuldenkrise ein milder Winter und der höhere Einsatz erneuerbarer Energien.

Damit konnte die EU ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bereits um 18,6

Prozent senken. Das EU-Klimaziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, sei damit so gut wie erreicht.

Rechnet man Treibhausgaseminderungen hinzu, die die EU im Ausland unter dem Clean Development Mechanism (CDM) erwirkt, ist das Klimaziel übertroffen. Laut dem Klimaaktionsnetzwerk CAN Europe ist die EU sogar schon auf dem Weg, ihre Emissionen um 25 Prozent zu reduzieren. Würden alle Initiativen wie geplant umgesetzt, könnten es bis 2020 sogar 27 Prozent werden.

Umweltverbände und jüngst auch Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) fordern daher, dass die EU ihr Klimaziel für 2020 auf 30 Prozent aufstockt. [uk, sl]

- ▶ CAN Europe (engl.): [www.kurzlink.de/can\\_emissions\\_public](http://www.kurzlink.de/can_emissions_public)

## Klimaziele nach 2020

**Nicht ohne Erneuerbare und Energiesparen**

■ In Kooperation mit dem Deutschen Naturschutzring hat die Klima-Allianz im Februar die EU-Kommissare dazu aufgefordert, kohärente, ambitionierte und verbindliche Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energieeinsparungen nach 2020 voranzutreiben. Anlass war eine Orientierungsdebatte der EU-Kommissare, bei der es um einen neuen Rahmen für die EU-Klima- und -Energiepolitik bis 2030 ging.

Die Klima-Allianz kritisiert dabei Stimmen aus der EU-Kommission, die sich auf ein Ziel für Treibhausgasemissionen beschränken wollen, ohne Vorgaben für erneuerbare Energien und Energiesparen zu machen. Dies führt dazu, dass die Energiepotenziale bei Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht erschlossen werden und es zudem deutlich teurer wird, das Klimaziel zu erreichen. Industrie und Politik würden sich auf die Maßnahmen konzentrieren, die zwar kurzfristig am billigsten, aber nicht langfristig sinnvoll und günstig sind.

Um die nötigen Innovationen in Gang zu bringen und einen Systemwechsel voranzutreiben, fordert die Klima-Allianz neben ehrgeizigen Treibhausgasreduktionen deshalb verbindliche Ziele für Erneuerbare und Energiesparen. [lr, sl]

- ▶ [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

## Klimaschutz

**NRW beschließt Klimaschutzgesetz**

■ Ende Januar hat die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ein neues Klimaschutzgesetz verabschiedet. Somit ist NRW das erste Bundesland, das mit einem Gesetz gegen den Ausstoß von Treibhausgasen vorgeht. SPD, Grüne und Piraten haben für das Gesetz gestimmt.

Demnach sollen bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um mindestens 20 Prozent und bis 2050 sogar um 80 Prozent reduziert werden. Um diese Ziele zu erreichen, wird noch in diesem Jahr ein Klimaschutzplan aufgestellt, der alle fünf Jahre erweitert wird. Auf die Einhaltung der Ziele soll ein Sachverständigenrat achten. [aw]

- ▶ [www.umwelt.nrw.de/klima/klimaschutzgesetz-nrw](http://www.umwelt.nrw.de/klima/klimaschutzgesetz-nrw)

## EU-Emissionshandel

**Unternehmen wollen mehr Investitionssicherheit**

■ Die Nord-Süd-Initiative Germanwatch fordert zusammen mit sechs großen Unternehmen die Bundesregierung auf, die Rettung des EU-Emissionshandels voranzubringen. Hintergrund ist die Blockade des sogenannten Backloadingvorschlags (umwelt aktuell 02.2013, S. 12) durch das Wirtschaftsministerium, mit dem CO<sub>2</sub>-Zertifikate zeitweise vom Markt genommen werden sollen, um den Preis kurzfris-

tig zu stabilisieren. In ihrem Appell fordern Alstom, EnBW, Eon, Otto, Puma, Shell und Germanwatch mehr Sicherheit für Klimaschutzinvestitionen der Wirtschaft.

„Ganz Europa wartet hier auf Deutschland. Für die anstehenden Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die niedrigen CO<sub>2</sub>-Preise Gift“, sagte Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

In einer von Germanwatch veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Instituts TNS Emnid spricht sich zudem eine große Mehrheit der Befragten für mehr Engagement der Bundeskanzlerin aus, damit die EU ihr niedriges Emissionsziel von 20 auf 30 Prozent anheben kann. [sl]

► [www.germanwatch.org/de/6269](http://www.germanwatch.org/de/6269)

## Energieversorgung

### Berliner Volksbegehren für Rekommunalisierung

■ Das Bündnis „Berliner Energietisch“ hat Mitte Januar bei der Innenbehörde das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ beantragt. Der Gesetzentwurf des Bündnisses sieht den Rückkauf der Stromnetze und die Gründung eines landeseigenen Stadtwerks vor. Das Stadtwerk soll auf dezentrale, erneuerbare Energieanlagen und Energieeinsparungen im Raum Berlin-Brandenburg setzen. Ziel ist es, Berlin mit 100 Prozent Ökostrom zu versorgen. Den BerlinerInnen sollen weitgehende Mitbestimmungsrechte und die Direktwahl von Teilen des Verwaltungsrates eingeräumt werden. Geplant sind außerdem die Einrichtung einer Beschwerdestelle und klare Transparenzvorgaben zum Zugang sowie zur Veröffentlichung von Dokumenten.

Zwischen Februar und dem 10. Juni 2013 werden etwa 200.000 Unterschriften benötigt, um die zweite Stufe des Volksbegehrens zu meistern. Bei Erfolg würde im Herbst 2013 ein Volksentscheid stattfinden.

Der Berliner Energietisch ist ein offenes und parteiunabhängiges Bündnis aus derzeit 41 lokalen Organisationen, Initiati-

ven und Gewerkschaften, die sich für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte und demokratische Energieversorgung in Berlin engagieren. [uk, sl]

► [www.berliner-energietisch.net](http://www.berliner-energietisch.net)

## Erneuerbare Energien

### Altmaiers Strompreisbremse

■ Umweltminister Peter Altmaier (CDU) hat Anfang Februar Vorschläge für eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gemacht. So soll der Anstieg der Strompreise gebremst werden. Eine Einigung soll es noch vor der Bundestagswahl geben.

Altmaier schlägt fünf Änderungen am EEG vor. Erstens soll für bestehende Anlagen eine zeitlich begrenzte Abgabe von bis zu 1,5 Prozent auf die Vergütungssätze eingeführt werden, der sogenannte Energie-Soli. Zweitens sollen künftig auch Eigenverbraucher die EEG-Umlage zahlen. Drittens müssen Neuanlagen bei einem zu starken Anstieg der EEG-Umlage in den ersten Monaten auf die Einspeisevergütung verzichten. Viertens sollen die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen begrenzt werden. Die Regierung hatte die Grenzwerte für eine Befreiung von der Umlage von zehn Millionen auf eine Million Kilowattstunden Stromverbrauch herabgesetzt, was dazu geführt hatte, dass immer mehr Unternehmen keine EEG-Umlage zahlen wollten. Und zuletzt soll die Liquiditätsreserve möglicherweise auf drei Prozent sinken. Da das EEG-Konto in den vergangenen Jahren bereits im September leer war, mussten sich die Netzbetreiber mit hohen Zinssätzen Geld leihen. In Zukunft soll das Konto, auf dem die Umlage verbucht wird, von den vier Betreibern selber verwaltet werden.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gehen die Vorschläge noch nicht weit genug. Er fordert weitere Maßnahmen zur Strompreissenkung. Umweltverbände fürchten eine faktische Deckelung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Einzig der Vorstoß für eine stärkere Beteiligung der

Industrie an der Ökostrom-Umlage und die Begrenzung von Privilegien bei der Eigenstromerzeugung gehen laut Greenpeace in die richtige Richtung. Weiter müsse die Stromsteuer grundlegend reformiert werden. Um 0,6 Cent pro Kilowattstunde könnte nach einer Greenpeace-Studie der Strompreis sinken, wenn erneuerbare Energien von der Steuer befreit und im Gegenzug umweltschädlicher Kohle- und Atomstrom höher besteuert würden. [aw]

► Greenpeace: [www.kurzlink.de/stromsteuer12](http://www.kurzlink.de/stromsteuer12)  
 ► [www.bmu.de/themen/klima-energie](http://www.bmu.de/themen/klima-energie) (Energie-wende)

## Teersande

### Kanada auf Lobbyfahrt in Brüssel

■ Kanadische Minister waren Ende Januar in Europa unterwegs, um die Mitgliedstaaten von einem Importverbot für Treibstoff aus Teersanden abzubringen, berichtete die Tageszeitung Taz.

Zurzeit arbeitet die EU-Kommission an einem Bericht über die möglichen Folgen eines solchen Verbots. Das Thema wird vermutlich beim Umweltrat im Juni wieder auf der Agenda stehen. Offenbar ist daher die kanadische Regierung, die seit Jahren intensive Lobbyarbeit betreibt, wieder zu Besuch in Europa.

Laut Treibstoffqualitätsrichtlinie der EU müssen Ölkonzerne seit 2009 ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Treibstoffgewinnung senken. Da bei der Gewinnung von Treibstoff aus Teersanden deutlich höhere Emissionen entstehen als bei Kraftstoffen aus konventionellem Öl, schlug die EU-Kommission im vergangenen Jahr vor, Treibstoffen aus Teersanden einen höheren Emissionswert zuzuweisen. Der Vorschlag wäre einem Importverbot gleichgekommen, scheiterte allerdings an der Zustimmung der Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland.

Die Förderung von Teersanden, die als unkonventionelles Erdöl gelten, ist mit hohen finanziellen, energetischen und öko-

logischen Kosten verbunden. Umweltverbände kritisieren, dass der Tagebau großflächig boreale Wälder und Moorlandschaften zerstört. Außerdem fielen giftige Flüssigkeiten an, die aus den künstlich angelegten Seen ins Grundwasser gelangen und eine Gefahr für Ökosysteme und menschliche Gesundheit darstellen. [uk]

- ▶ [www.taz.de/!109541](http://www.taz.de/!109541)
- ▶ Friends of the Earth Europe zu Teersanden (engl.): [www.kurzlink.de/foee\\_thema\\_teersand](http://www.kurzlink.de/foee_thema_teersand)

## CO<sub>2</sub>-Speicherung und -Einlagerung

### Schleswig-Holstein will CCS verbieten

■ Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat Ende Januar einen Gesetzentwurf vorgestellt, der die unterirdische Einlagerung von Kohlendioxid (CCS) verbieten soll. Das Bundesland sei als Speicherort für CO<sub>2</sub> wegen der geologischen Gegebenheiten, dem Vorrang der Geothermie und möglichen Beeinträchtigungen für den Tourismus ausgeschlossen, so Umwelt- und Energiewendeminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen).

Schleswig-Holstein hatte bereits bei der Verabschiedung des CCS-Gesetzes im Juni 2012 im Bund gegen die deutschlandweite Einführung von CCS gestimmt. „Keiner in Schleswig-Holstein will CCS. Mit dem Gesetzentwurf tragen wir daher dem Willen der Bevölkerung und der Parteien Rechnung“, sagte Habeck. [ww]

- ▶ Ministerium Schleswig-Holstein: [www.kurzlink.de/shccsnein](http://www.kurzlink.de/shccsnein)

## Fracking

### Neue Regeln für die Schiefergasförderung

■ Noch vor der Bundestagswahl im September will die schwarz-gelbe Koalition neue Regeln für unkonventionelle Me-

thoden der Erdgasförderung (Fracking) beschließen. In einem Brief forderte eine Arbeitsgruppe von Union und FDP die Bundesregierung zu einem neuen Gesetzesvorschlag auf, der eine Umweltverträglichkeitsprüfung und den Schutz von Grund- und Trinkwasser enthalten soll. In Wasserschutzgebieten soll die Förderung von Schiefergas verboten werden.

Umweltverbände wie der BUND sehen die Initiative kritisch: Bisher habe es wegen der Risiken des Verfahrens in Deutschland keine Förderung von Schiefergas durch Fracking gegeben. Mit einem Gesetzesvorschlag könne die Methode auch in Deutschland Anwendung finden. Fracking ist zur Erdgasgewinnung umstritten, weil dabei unter anderem große Mengen an Chemikalien ins Gestein gepresst werden. [sl]

- ▶ [www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/klima\\_energie/fracking](http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/fracking)

## Atomkraft I

### Weiterhin Stromexporte

■ Eine neue Studie des Öko-Instituts hat widerlegt, dass durch das Abschalten von Atomkraftwerken mehr Atomstrom aus dem Ausland importiert werden muss. Die von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass Deutschland weiterhin Strom exportiert. Nach der Abschaltung von acht AKWs wurden die fehlenden Strommengen größtenteils durch den Zuwachs erneuerbarer Energien ausgeglichen. [aw]

- ▶ Studie Atomstromimporte Greenpeace: [www.kurzlink.de/greenpeace-01.2013](http://www.kurzlink.de/greenpeace-01.2013)

## Atomkraft II

### Brennelementesteuer verfassungswidrig?

■ Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe soll überprüfen, ob die Brennelementesteuer gegen das Grundgesetz verstößt.

Zu dieser Auffassung kam das Finanzgericht Hamburg Ende Januar in der Entscheidung um eine Klage des Energiekonzerns Eon Die Bundesregierung sei wegen mangelnder Gesetzgebungskompetenz nicht dazu befugt, die Verwendung von nuklearen Kernbrennstoffen in Atomkraftwerken zu besteuern.

Die umstrittene Atomsteuer war im Zuge der Laufzeitverlängerung im Januar 2011 eingeführt worden, um den Staat an den Gewinnen der Atomindustrie zu beteiligen. Nach dem Atomausstieg gingen einige Stromkonzerne mit rechtlichen Mitteln gegen die Steuer vor. So klagte Eon vor dem Finanzgericht Hamburg auf die Rückerstattung der Steuerzahlungen. Die Entscheidung des Gerichtes fiel zugunsten des Stromkonzerns aus. Die Bundesregierung hatte die Atomsteuer als Verbrauchssteuer deklariert. Laut den Hamburger Richtern stellt sie jedoch eine Ertragssteuer dar und liegt als solche nicht im Zuständigkeitsbereich des Bundes. [ww]

- ▶ Zur Entscheidung des Gerichtes: [www.justiz.hamburg.de/finanzgericht/aktuelles/3813310/kernbrennstoffsteuer.html](http://www.justiz.hamburg.de/finanzgericht/aktuelles/3813310/kernbrennstoffsteuer.html)

## Atomprotest

### Jahrestag Fukushima-GAU

■ Zwei Jahre nach dem Super-GAU im japanischen Atomkraftwerk Fukushima wollen Umweltverbände und Anti-Atom-Aktivisten bundesweit mit Veranstaltungen an die Katastrophe erinnern.

Geplant sind am 9. März eine Menschenkette um das AKW Grohnde und Demonstrationen in Günzburg beim bayerischen AKW Gundremmingen, an der Urananreicherungsanlage in Gronau sowie zum AKW Neckarwestheim. Am darauffolgenden Montag ruft das Anti-Atom-Bündnis Ausgestrahlt zu Mahnwachen auf, um an die Gefahren durch Atomenergie und an das Leid der Menschen in Japan zu erinnern. Weitere Aktionen können angemeldet werden. [jg]

- ▶ [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## K wie kurze Wege

Technischer Fortschritt allein führt noch nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung. Christine Hubenthal zeigt am Beispiel der Landwirtschaft, dass es dazu vielmehr auch einer kulturellen Veränderung bedarf. Kurze Wege zwischen Anbau und Verbrauch sind die Antwort auf Klimawandel und Peak Oil. Die Landwirtschaft stellt dabei ein ideales Aktionsfeld dar, das sich für das Ausprobieren und Einüben neuer, zeitgemäßer Lebensstile eignet.

C. Hubenthal

### Einfach mal anfangen...!

Resilienz am Beispiel einer zukunftsfähigen Landwirtschaft

Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 56  
102 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-412-8

Erhältlich bei

www.oekom.de  
oekom@verlegerdienst.de

  
Die guten Seiten der Zukunft

## KONSUM &amp; VERBRAUCHERSCHUTZ

### Pfandsystem

## Neuregelung soll Durchblick bringen

Die Bundesregierung hat im Februar eine Verordnung auf den Weg gebracht, die das System für Pfandflaschen in Deutschland vereinfachen soll. Demnach sollen künftig Einwegflaschen besser gekennzeichnet werden. Der Einzelhandel soll verpflichtet werden, entsprechende Hinweise in den Getränkeregalen anzubringen.

Das geht dem Verbraucherzentrale Bundesverband (Vzbv) nicht weit genug. Er plädiert dafür, dass die Kennzeichnung auf den Flaschen selbst steht. Die Verordnung muss noch im Bundestag und Bundesrat abgestimmt werden. Die Verbraucherschützer hoffen, dass hier nachgebessert wird. Die neue Pfandregelung soll 2014 in Kraft treten.

Dem Vzbv zufolge weiß die Hälfte der Deutschen nicht, ob eine Mehrweg- oder Einwegflasche im Einkaufskorb landet. Pfand gibt es für beide zurück. Aus Umweltsicht schneiden aber Mehrwegflaschen aus Glas und Kunststoff am besten ab. Mehrwegflaschen werden bis zu 50 Mal befüllt, verbrauchen weniger Energie und verursachen auch weniger Abfall. Dennoch ist ihr Anteil in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Er sank zwischen 2004 und 2010 von 66 auf 48 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der unökologischeren Einwegflaschen von 25 auf 46 Prozent. [mbu]

► [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

### Gegen Lebensmittelverschwendung

## Neue weltweite Kampagne

Unter dem Motto „Think.Eat.Save.“ – denken, essen, bewahren – hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP eine Kampagne gestartet. Zusammen mit der UN-Ernährungs- und -Land-

wirtschaftsorganisation FAO sowie interessierten Regierungen will das UNEP gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen.

Jedes Jahr würden weltweit 1,3 Milliarden Tonnen Nahrungsmittel weggeworfen, in Europa, Nordamerika und Ozeanien pro Person im Durchschnitt zwischen 95 und 115 Kilogramm pro Jahr. Die globale Nahrungsmittelproduktion habe tief greifende Konsequenzen für die Umwelt. Beispielsweise sind laut UNEP inzwischen 20 Prozent aller Anbauflächen, über dreißig Prozent der Wälder und zehn Prozent aller Grünlandflächen von Bodendegradation betroffen. Weltweit würden neun Prozent aller Süßwasserressourcen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln verbraucht, davon 70 Prozent für die Bewässerung von Landwirtschaftsflächen. Landwirtschaft und Landnutzungsänderungen seien für rund ein Drittel der gesamten weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Außerdem nutzten die Land- und Ernährungswirtschaft rund 30 Prozent der zur Verfügung stehenden Energie. Hinzu komme die Bedrohung der Fischbestände im Meer durch Missmanagement und Überfischung. Es gehe darum, den ökologischen Fußabdruck bei VerbraucherInnen, im Einzelhandel und im Gastgewerbe zu reduzieren. Laut FAO-Studien gehen rund ein Drittel aller produzierten Nahrungsmittel vor ihrem Verzehr verloren, ein Verlust von etwa 750 Milliarden Euro pro Jahr. Lebensmittel wegzuerwerfen sei sowohl wirtschaftlich, ökologisch als auch ethisch sinnlos, sagte UNEP-Chef Achim Steiner.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik unterstützt die Kampagne. Das Ziel sei, bis 2020 die Menge noch essbarer Lebensmittel, die auf dem Müll landen, zu halbieren sowie die Ablagerung auf Abfalldeponien zu stoppen. Im von Potočnik ausgerufenen „Jahr des Abfalls“ 2014 plant die EU-Kommission, Ideen für mehr Nachhaltigkeit im Ernährungsbereich zu präsentieren – dabei soll die Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung eine große Rolle spielen. [jg]

► [www.thinkeatsave.org](http://www.thinkeatsave.org)

► [www.ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/potocnik](http://www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/potocnik)



## LANDWIRTSCHAFT &amp; GENTECHNIK

## EU-Agrarpolitik

## Kleineres EU-Budget bremst umweltfreundliche Reform

■ Für die geplante ökologische Agrarreform in der Europäischen Union ist der Haushaltskompromiss, den EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy im Februar präsentierte, teilweise ein Rückschlag. Demnach fließt zwar weniger Geld in den Agrartopf, aber die Mitgliedstaaten dürfen selbst entscheiden, wie viel Umweltauflagen die Landwirte erfüllen müssen.

373 Milliarden Euro – elf Prozent weniger als bisher – soll der größte Posten im EU-Haushalt ab 2014 betragen. Insgesamt soll der Haushaltsrahmen für die kommenden sieben Jahre auf gut 960 Milliarden Euro gekürzt werden. Der Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz hat schon sein Veto gegen die Verabschiedung des künftigen Haushalts angekündigt. Abgeordnete der Grünen betonten, das Parlament habe nicht den Auftrag, nationale Interessenvertretung zu sein.

Auch Umweltverbände kritisierten das Ergebnis. So bezeichnete Birdlife Europe das Ergebnis als Todesstoß für die Ökologisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Euronatur lobten aber, dass es nicht gelungen sei, die ökologischen Vorrangflächen auf 3,5 Prozent zu reduzieren. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, dass Bauern auf sieben Prozent ihrer Flächen ökologische Maßnahmen durchführen müssen, zum Beispiel Hecken pflanzen. Außerdem sieht der Kommissionsentwurf vor, die Agrarsubventionen zu begrenzen und die Zahlung an strenge Umweltauflagen zu knüpfen. Der Haushaltskompromiss der EU-Staats- und Regierungschefs will es den Mitgliedstaaten überlassen, wie die Gelder für die Landwirtschaft verteilt werden und was als Umweltmaßnahme gilt.

Auch die überproportionale Kürzung des Fonds zur ländlichen Entwicklung

wurde aus Umweltsicht kritisiert. Mitgliedstaaten dürfen über die Kürzungen hinaus bis zu 25 Prozent der Mittel für Agrarumweltmaßnahmen in die Direktzahlungen umschichten. [mbu]

- ▶ Schlussfolgerungen des EU-Gipfels: [www.kurzlink.de/eu-budget-rat02.2013](http://www.kurzlink.de/eu-budget-rat02.2013)
- ▶ [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)
- ▶ [www.birdlife.org](http://www.birdlife.org)
- ▶ [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

### Abgeordnetencheck

## Abstimmung zur Agrarreform hinterfragen

■ Mitte März steht die entscheidende Weichenstellung für die künftige EU-Agrarpolitik im Plenum des Europäischen Parlaments an (siehe Artikel S. 2). Wenn die Abgeordneten dem Votum des EU-Agrarausschusses folgen, wird die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2014 kaum nachhaltiger und gerechter werden, wie es die Vorschläge von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș vorsehen.

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, direkt mit ihren Vertreterinnen und Vertretern im Parlament zu sprechen und sie nach ihrem Abstimmungsverhalten zu fragen. Dafür hat das europaweite Bündnis ARC2020 zusammen mit der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Ende Januar die Aktion GO M.A.D. gestartet. Per Telefon, E-Mail, Brief oder in einem persönlichen Gespräch können Interessierte Kontakt zu den Abgeordneten aufnehmen und die Ergebnisse öffentlichen. [mbu]

- ▶ Aktion GO M.A.D.: [www.meine-landwirtschaft.de/aktionen/eu-abgeordneten-check.html](http://www.meine-landwirtschaft.de/aktionen/eu-abgeordneten-check.html)

### Pestizide

## Verbot soll Bienen schützen

■ Die EU-Kommission hat empfohlen, drei hochgiftige Pflanzenschutzmittel zu verbieten. Es geht um die sogenannten

Neonikotinoide. Laut der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA sind diese Insektizide, mit denen Saatgut gebeizt wird, mitverantwortlich für das Sterben ganzer Bienenvölker.

Zwar wirken die Neonikotinoide der EFSA-Studie zufolge nicht unmittelbar tödlich auf die Bienen. Aber diese verlieren ihren Orientierungssinn und fänden nicht zurück in den Bienenstock. Die EU-Landwirtschaftsminister konnten sich bei ihrem Treffen Ende Januar nicht auf ein Verbot der Substanzen einigen. Abgeordnete des Europäischen Parlaments sprachen sich für ein Verbot der Pestizide aus.

Die Verbotsempfehlung des EU-Kommissars für Verbraucherpolitik Tonio Borg soll für Sonnenblumen, Raps, Mais und Baumwolle gelten. Wintergetreide und Pflanzen, die keine Bienen anziehen, dürfen demnach weiter mit Neonikotinoiden behandelt werden. [mbu]

- ▶ EU-Verbraucherkommissar zu Bienen: [www.ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/borg/personally\\_speaking/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/commission_2010-2014/borg/personally_speaking/index_en.htm)
- ▶ Ergebnisse Agrarrat: [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/135057.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/135057.pdf)
- ▶ EFSA zu Neonikotinoiden: [www.efsa.europa.eu/de/press/news/130116.htm](http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/130116.htm)

### Genpflanzenzulassung

## Keine Genkartoffeln auf europäischen Äckern

■ Der Chemiekonzern BASF will die Zulassungsanträge für drei gentechnisch veränderte Kartoffelsorten in der EU zurückziehen. Der Grund: das unberechenbare Genehmigungsverfahren und potenzielle Feldzerstörungen durch Gentechnikgegner. Es geht um die Genkartoffeln Fortuna, Amadea und Modena, die nun nicht auf Feldern in der EU angebaut werden. Die geplanten wissenschaftlichen Freisetzung, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz und in den Niederlanden, würden nicht stattfinden, sagte ein Sprecher des Konzerns Ende Januar dem Infodienst Gentechnik. ▶

Bereits im vergangenen Jahr hatte die BASF ihre Gentechnikabteilung in die USA verlagert. Die Firma sah in Deutschland und der EU keine Zukunft für diese Sparte, da die Akzeptanz für Genpflanzen zu gering sei. 2011 wurde nach Protesten von Bürgerinnen und Bürgern der Anbau der Genkartoffel Amflora in Deutschland gestoppt. Anfang des Jahres verbot Polen die Knolle. [mbu]

- ▶ BASF zur Genkartoffelzulassung: [www.basf.com/group/pressemitteilungen/P-13-133](http://www.basf.com/group/pressemitteilungen/P-13-133)
- ▶ [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Artenvielfalt

## Biodiversität ist gesund

■ Zwischen dem Verlust von Biodiversität und der Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten unter den Menschen besteht ein Zusammenhang. Zu diesem Schluss kommt die in der Fachzeitschrift „Nature“ veröffentlichte Studie „Impacts of biodiversity on the emergence and transmission of diseases“. An der Studie war ein Team von amerikanischen und britischen WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten beteiligt. Laut den AutorInnen könnte in vielen Fällen der Ausbruch und die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten bei Menschen durch den Einhalt einer vielfältigen Biodiversität reduziert werden. Es gäbe immer mehr Beweise dafür, dass der Schutz und die Bewahrung von Ökosystemen in ihrem natürlichen Zustand die Häufigkeit von Infektionskrankheiten reduzieren könne.

Der Verlust von Biodiversität wirke sich auf unterschiedliche Weise aus, schreiben die WissenschaftlerInnen. So würde zum Beispiel der Verlust von bestimmten Tierarten, die Krankheitsüberträger sind, dazu führen, dass die Krankheiten dann über andere Tiere schneller auf die Menschen übertragen werden. In den USA verbreitet sich jetzt zum Beispiel die Lyme-Borreliose wegen der starken Ausrottung der Beutel-

ratten – den ursprünglichen „Wirten“ für die Zecken – jetzt über Mäuse schneller. Die Beutelratten töteten nämlich die Zecken selber, was die Mäuse nicht tun. Dadurch stieg die Übertragungsrates dieser Krankheit auf die Menschen stark an.

Die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission (DG Umwelt) hat die Studienergebnisse im Rahmen der „Science for Environment Policy“-Reihe zusammengefasst. [UWD]

- ▶ Zusammenfassung der DG Umwelt: [www.kurzlink.de/biodivges](http://www.kurzlink.de/biodivges)

### Wälder

## Zustandsbericht 2012

■ Jede zweite Eiche ist krank. Insgesamt hat sich der Waldzustand im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht verbessert. Dies geht aus dem Anfang Februar von Bundesministerin Ilse Aigner vorgestellten Waldzustandsbericht 2012 hervor. Der Bericht bewertet in jährlichen Stichproben den Kronenzustand deutscher Wälder.

Den besten Kronenzustand weist seit Beginn der Erhebung die Kiefer auf. Der Zustand der Buche hat sich leicht verbessert, jedoch sei nur noch ein Fünftel aller Buchen gesund. Anders ist der Trend bei der Eiche, acht von zehn Eichen sind stark beschädigt. Der Kronenzustand wird anhand der Kronenverlichtung bewertet. Dabei wird der Zustand einer Krone im Vergleich zu einer voll belaubten oder benadelten Krone bestimmt. 39 Prozent der untersuchten Bäume hatten gesunde Kronen. Für 36 Prozent der Bäume gilt die Warnstufe.

Hauptursache für die Erkrankung der Bäume sind laut BUND Schadstoffemissionen aus Landwirtschaft und Verkehr, die den Bodenzustand verschlechtern. Auch die übermäßige Nutzung von Holz als Brennstoff und Waldmonokulturen seien problematisch.

„Eine nachhaltige Forstwirtschaft muss die Wälder als Ganzes erhalten und pflegen. Ein Wald, der vom Menschen gedüngt werden muss, damit er nicht stirbt, ist vom

Zustand der Nachhaltigkeit weit entfernt, kritisierte der BUND-Vorsitzende Hubert Waiger.

Der BUND fordert, zehn Prozent des Waldes als „Urwälder von Morgen“ in zusammenhängenden Flächen einer natürlichen Entwicklung zu überlassen und eine ökologisch verträgliche Forstwirtschaft auf den übrigen 90 Prozent der Waldfläche. Seit 1984 führen die Länder jährlich die Waldzustandserhebung durch. [ej]

- ▶ Waldzustandsbericht 2012: [www.kurzlink.de/wazube2012](http://www.kurzlink.de/wazube2012)
- ▶ Stellungnahme BUND: [www.kurzlink.de/bundwazube](http://www.kurzlink.de/bundwazube)

### Schutzgebiet Wattenmeer

## Import fremder Arten ist rechtswidrig

■ Miesmuscheln dürfen nicht mehr aus entfernten Regionen in den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer importiert werden. Dies geht aus einem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts hervor. Damit bestätigte es die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig. Zuvor hatten die Schutzstation Wattenmeer und der WWF zum Schutz des Nationalparks gegen die Einführung gebietsfremder Arten geklagt.

Da im schleswig-holsteinischen Wattenmeer kaum noch wilde Miesmuscheln leben, waren importierte Miesmuscheln für die im Nationalpark gelegenen Kulturlächen der Muschelfischer bestimmt. Durch die Einfuhr werden jedoch auch gebietsfremde Arten importiert.

„Das Gericht hat uns in allen Punkten recht gegeben, das Urteil ist rechtskräftig. Ein großer Erfolg für den Nationalpark! Das nun bestätigte Urteil ist eine deutliche Kritik an den Fischereibehörden, die unter früheren Landesregierungen über mindestens sechs Jahre ohne die gebotene Rücksicht auf die Natur diese Eingriffe in den Nationalpark genehmigten“, sagte Silvia Gaus von der Schutzstation Wattenmeer.

Nun fordern die Verbände, auch andere von der Muschelfischerei geplante Eingriffe in den Nationalpark zu verbieten. Diese plant nämlich im geschützten Wattenmeer auf einer Fläche von mehreren Hundert Hektar den Bau von Saatmuschelgewinnungsanlagen. [ej]

- ▶ [www.schutzstation-wattenmeer.de](http://www.schutzstation-wattenmeer.de)
- ▶ [www.kurzlink.de/wwfwattimp](http://www.kurzlink.de/wwfwattimp)

## Vogelschutz

### Rekordbeteiligung beim Vogelmonitoring

■ Am Aktionswochenende zur „Stunde der Wintervögel“ beteiligten sich so viele Menschen wie noch nie. Mehr als 90.000 Menschen zählten Vögel und meldeten ihre Beobachtungen dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU). Die so gesammelten Daten werden von einem ForscherInnenteam genutzt und liefern wichtige Informationen zum Schutz der Artenvielfalt.

Insgesamt wurden an dem Wochenende Anfang Januar mehr als 2,7 Millionen Vögel gemeldet. Der am häufigsten gemeldete Vogel war die Kohlmeise, gefolgt von Blaumeise, Feldsperling und Amsel. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wurden viele Vogelarten häufiger gesichtet und gezählt.

Buchfink, Kohlmeise, Eichelhäher und Tannenmeise legten um 20 bis 50 Prozent zu, der Buntspecht gar um 80 Prozent. Dies liegt laut NABU an dem Verwandtschaftsbesuch aus dem Norden und Osten, denn dort war während der Zählung ein besonders kalter Winter. Auch der Bestand an Amseln entwickelt sich positiv. Während die Amselbestände entlang des Rheintals in den letzten Jahren durch den Usutu-Virus stark dezimiert wurden, konnte nun kein weiterer Rückgang festgestellt werden, so die ForscherInnen.

Vom 9. bis 12. Mai sind alle Interessierten eingeladen, sich an der Schwesteraktion „Stunde der Gartenvögel“ zu beteiligen.

Dann sollen Brutvögel in Gärten und Parks beobachtet und gezählt werden. [ej]

- ▶ Stunde der Wintervögel:  
[www.kurzlink.de/studewi](http://www.kurzlink.de/studewi)
- ▶ Stunde der Gartenvögel:  
[www.kurzlink.de/studega](http://www.kurzlink.de/studega)

## Landschaftsschutz

### Bayern: Kraftwerksbau bedroht Bergnatur

■ Die Naturfreunde Deutschlands kritisieren die Pläne eines Zusammenschlusses regionaler Energieversorger, am bayerischen Walchensee ein Pumpspeicherkraftwerk zu errichten. Für den Bau wollen die Energieversorger am Jochberg in den bayerischen Alpen in 1.380 Meter Höhe ein Speicherteich errichten und mit dem 600 Meter tiefer liegenden Walchensee verbunden werden.

Allerdings ist das Gebiet auch ein beliebtes Wandergebiet mit großer touristischer Bedeutung für die Region. Der Kraftwerksbau würde eine maßgebliche Zerstörung der Bergnatur nach sich ziehen. „Die dafür notwendige Zerstörung der Bergnatur stehe in keinem Verhältnis zum erwarteten wirtschaftlichen Nutzen“, kritisiert Christine Eben, Bundesfachgruppenleiterin Natur- und Umweltschutz der NaturFreunde Deutschlands.

In ihrer Ochsenfurter Erklärung fordern die Naturfreunde, im Spannungsverhältnis zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und sonstigen Natur- und Umweltschutzziele stets eine Güterabwägung zu treffen. „Landschaftszerstörung ist kein Weg zur Energiewende“, so Eckart Kuhlwein, umweltpolitischer Sprecher der Naturfreunde Deutschlands. Entgegen dem Neubau von Kraftwerken in den Alpen fordern die Naturfreunde daher, stattdessen die Effizienz von bestehenden Anlagen zu steigern. [ej]

- ▶ Mitteilung Naturfreunde:  
[www.kurzlink.de/nafrwalchensee](http://www.kurzlink.de/nafrwalchensee)
- ▶ Ochsenfurter Erklärung:  
[www.kurzlink.de/ochserklaef](http://www.kurzlink.de/ochserklaef)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierversuche

### Für Kosmetik muss kein Tier mehr leiden

■ Ab dem 11. März sind in der EU Tierversuche für Kosmetik komplett verboten. Das bestätigte EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg bei einem Treffen mit Tierschutzorganisationen Ende Januar. Damit zeitigten die jahrelangen Proteste der EU-weiten Kampagne „Nein zu Tierqual-Kosmetik“ Erfolg.

Seit Langem hatte sich die Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE), der auch der Deutsche Tierschutzbund und der Verband Menschen für Tierrechte angehören, dafür eingesetzt, Tierversuche für Kosmetika zu beenden.

Im Oktober 2012 übergaben die Initiatoren der Kampagne dem Petitionsausschuss des EU-Parlaments gut eine viertel Million Unterschriften gegen diese Versuche. Diese zeigten nun Wirkung. Auch Produkte, die außerhalb der EU im Tierversuch geprüft werden, seien von diesem Verbot mit einbezogen. Vor vier Jahren wurden EU-weit alle Tierversuche für Kosmetika verboten – mit drei Ausnahmen. Diese Ausnahmen gelten im kommenden März nicht mehr.

Der Deutsche Tierschutzbund und Menschen für Tierrechte – der Bundesverband der Tierversuchsgegner – lobten das Verbot und betonten, wie notwendig und wirksam öffentliche Proteste seien.

[aw, mbu]

- ▶ EU-Kosmetikrichtlinie:  
[www.ec.europa.eu/consumers/sectors/cosmetics/documents/revision/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/consumers/sectors/cosmetics/documents/revision/index_de.htm)
- ▶ Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen: [www.eceae.org/de](http://www.eceae.org/de)
- ▶ Kampagne Deutscher Tierschutzbund:  
[www.tierschutzbund.de/kampagne\\_kosmetik\\_terversuche.html](http://www.tierschutzbund.de/kampagne_kosmetik_terversuche.html)
- ▶ Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner: [www.tierrechte.de](http://www.tierrechte.de)

Schweinehaltung**Deutschland versäumt  
Umsetzung der EU-Richtlinie**

■ Knapp zehn Jahre hatten die EU-Länder Zeit, die geänderten Mindestanforderungen für die Haltung von Schweinen umzusetzen. Doch einer Statistik der Organisation Eurogroup for Animals zufolge haben sich nur 73 Prozent der deutschen Schweinebauern an die im Januar abgelaufene Frist gehalten. Damit steht Deutschland im EU-Ranking auf dem drittletzten Platz.

Die neue EU-Richtlinie besagt unter anderem, dass die trächtigen Sauen ab der fünften Woche in ein größeres Gehege mit anderen Sauen müssen. Im Kastenstand müssen die Schweinebauern gewährleisten, dass die Tiere sich hinlegen und die Beine ausstrecken können. Des Weiteren soll Spielzeug vorhanden sein, damit sich die Schweine nicht gegenseitig die Schwänze abbeißen.

Der EU-Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg kündigte an, dass die EU-Kommission gegen den Verstoß vorgehen wird und appellierte an die Mitgliedstaaten, die Mindestanforderungen noch vor Juli 2013 vollständig umzusetzen. Auch Frankreich, Portugal und Zypern schafften es nicht rechtzeitig, die Richtlinie in nationales Recht zu übertragen.

Laut dem Deutschen Tierschutzbund bringt die neue EU-Richtlinie nur geringe Verbesserungen für die Haltung von Schweinen. Umso enttäuschender sei es, dass in Deutschland noch nicht einmal die Mindestanforderungen fristgerecht umgesetzt worden sind. Der Verband fordert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, zur aktuellen Umsetzungssituation in Deutschland und dem weiteren Vorgehen der Bundesregierung Stellung zu nehmen. **[hk]**

- ▶ Deutscher Tierschutzbund:  
[www.tierschutzbund.de/5086.html](http://www.tierschutzbund.de/5086.html)
- ▶ EU-Gesetzgebung zum Schutz von Schweinen:  
[www.europa.eu/legislation\\_summaries/other/l12057\\_de.htm](http://www.europa.eu/legislation_summaries/other/l12057_de.htm)
- ▶ Eurogroup for Animals:  
[www.kurzlink.de/eurogroupforanimals](http://www.kurzlink.de/eurogroupforanimals)

## UMWELTPOLITIK &amp; UMWELTRECHT

EU-Budget**Einigung beim Sparmarathon**

■ Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich im Februar auf die Obergrenzen für den neuen Mehrjährigen Finanz-

rahmen geeinigt. Bevor der Hinterzimmerdeal verbindlich wird, muss aber noch das EU-Parlament zustimmen.

Das Gesamtbudget der EU soll nach dem Willen der Staatschefs rund 960 Milliarden Euro betragen, etwa 90 Milliarden Euro weniger als ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagen. Die Koalition der Sparer aus Deutschland, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden hat sich damit weitgehend durchgesetzt.

Umweltverbände kritisierten das Ergebnis scharf. Besonders umstritten sind dabei die Vereinbarungen, die die Agrarpolitik betreffen. Jeremy Wates, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros nannte den Deal „eine Schande“. Birdlife bezeichnete das Ergebnis als Todesstoß für die Ökologisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (siehe auch Artikel Seite 17). Der DNR verlangte einen Kurswechsel bei den Budgetverhandlungen. Der Generalsekretär des Dachverbandes Helmut Röscheisen warnte, dass nicht auf Kosten künftiger Generationen gespart werden dürfe.

Weiterhin kürzten die Staatschefs bei dem Haushaltstitel für natürliche Ressourcen, in den auch LIFE, das Umweltprogramm der Union, fällt. Als einzig positives Element des Deals benannten Friends of the Earth Europe das Bekenntnis, 20 Prozent des Budgets für den Klimaschutz

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## V wie Verantwortung

Die soziale Verantwortung von Unternehmen – auch Corporate (Social) Responsibility genannt – wird heute oft als wichtige strategische Herausforderung verstanden. Hier schildern erfahrene Fachleute aus verschiedensten Branchen, wie sich Unternehmen in der Metropolregion Hamburg mit ihrer langen Tradition als eigenständige Kaufmanns- und Hansestadt engagieren, um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

**D. Schindler, N. Taubken, S. Prigge (Hrsg.)**  
**Unternehmensverantwortung wirkt!**  
 Geteilte Wertschöpfung durch Corporate Responsibility – mit Praxisbeispielen aus der Metropolregion Hamburg

240 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-409-8

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

auszugeben. Die Mitgliedstaaten müssten dies nun mit Leben füllen und vor allem kontraproduktive Investitionen in fossile Energien vermeiden.

Nun ist das EU-Parlament am Zug. Die Verhandlungen werden sich vermutlich ein halbes Jahr hinziehen. Das Parlament hatte in der Vergangenheit gefordert, den Kommissionsvorschlag aufzustocken, anstatt einzusparen. Parlamentspräsident Martin Schulz kündigte bereits ein Veto an. [am]

- ▶ Schlussfolgerungen des Gipfels (engl.): [www.kurzlink.de/2013-02budgetcouncil](http://www.kurzlink.de/2013-02budgetcouncil)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/2013-02-eeb-budget](http://www.kurzlink.de/2013-02-eeb-budget)
- ▶ DNR: [www.dnr.de/presse/presseinformati-on-07022013.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformati-on-07022013.html)

#### Finanztransaktionssteuer

### Anti-Zocker-Pläne für elf Mitgliedstaaten

■ Die EU-Kommission hat im Februar einen Gesetzesvorschlag zur Finanztransaktionssteuer (FTS) vorgelegt. Zunächst elf EU-Länder, darunter Deutschland, wollen eine Mindeststeuer auf den Handel mit Anleihen, Aktien und Derivaten einführen. Durch die Steuer soll die Finanzbranche mit 30 bis 35 Milliarden Euro jährlich an den Folgekosten der Eurokrise beteiligt werden. Sobald die elf Länder den Vorschlag angenommen haben und dann eine Transaktionspartei aus einem der elf Teilnehmerstaaten weltweit in einen Handel involviert ist, soll die Steuer gelten. Dafür machten die EU-Finanzminister im Januar den Weg frei, nachdem eine EU-weite Einführung am Widerstand von Mitgliedstaaten wie Großbritannien gescheitert war.

Der Entwurf sei ein Grund zur Freude und zur Wachsamkeit, so der grüne EU-Abgeordnete Sven Giegold. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac habe 15 Jahren lang dafür gestritten. Die Umweltstiftung WWF bezeichnete die Entscheidung als großen Erfolg der europäischen Zivilgesellschaft. Nun müsse sichergestellt werden, dass ein Großteil der Einnahmen für nachhaltige Entwicklung, Schutz und Erhalt der

biologischen Vielfalt sowie den Kampf gegen den globalen Klimawandel und dessen Folgen bereitgestellt werde. [am, bv]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/13/115)
- ▶ [www.kurzlink.de/FTS-gigold-reaktion](http://www.kurzlink.de/FTS-gigold-reaktion)
- ▶ [www.kurzlink.de/FTS-WWF-Reaktion](http://www.kurzlink.de/FTS-WWF-Reaktion)

#### Warnung der EEA

### Vorsorgeprinzip und Frühwarnsignale beachten

■ Neue Technologien haben oftmals schädliche Auswirkungen, wenn die politischen Entscheidungsträger das Vorsorgeprinzip nicht ernst genug nehmen und Risikowarnungen ignorieren. Das hat die Europäische Umweltagentur (EEA) in ihrem im Januar veröffentlichten Bericht „Späte Lehren aus frühen Warnungen, Band II“ herausgearbeitet.

In 20 Fallstudien auf 750 Seiten analysiert die EEA unter anderem die Geschichten hinter industrieller Quecksilbervergiftung, Fruchtbarkeitsstörungen durch Pestizide, den Hormonhaushalt störende Chemikalien in gängigen Kunststoffen sowie Pharmazeutika, die die Ökosysteme verändern. Der Bericht berücksichtigt außerdem aktuelle Warnsignale, die sich aus zurzeit angewandten Technologien abzeichnen, beispielsweise bei Mobilfunk, Gentechnik und Nanotechnik.

Der BUND forderte die Bundesregierung auf, aus den im EEA-Bericht aufgelisteten Fehlern zu lernen und umgehend die gesundheitsschädliche Chemikalie Bisphenol A (BPA) in Lebensmittelverpackungen zu verbieten. Im Bericht belege die EEA, dass von der Industrie gesponserte Studien zu dem Schluss kommen, dass BPA sicher sei – doch unabhängige Studien warnen, dass selbst die Belastung mit geringen Mengen des Stoffes das menschliche Hormonsystem stören kann. [jg]

- ▶ EEA-Bericht: [www.kurzlink.de/eea-warnsignale](http://www.kurzlink.de/eea-warnsignale)
- ▶ Reaktion BUND: [www.kurzlink.de/bundreakt-eeabericht](http://www.kurzlink.de/bundreakt-eeabericht)

#### Tabaklobbyskandal

### Aufklärung und Transparenz gefordert

■ Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben die inoffiziellen Treffen von Kommissionsbeamten und Lobbyisten der Tabakindustrie kritisiert. In einem offenen Brief forderten sie im Januar EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf, Transparenz zu schaffen. Das Rahmenabkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums verpflichtet die EU-Kommission, die Treffen mit Lobbyisten der Tabakindustrie aufzulisten.

In dem Brief kritisieren die Verbände zudem den Umgang mit dem Tabaklobbyskandal um den früheren EU-Gesundheitskommissar John Dalli und die Ernennung Michel Petites im Ethikkomitee der EU-Kommission. Beide Fälle bewiesen, wie notwendig strengere Transparenzregeln seien, heißt es in dem Papier.

Aufgrund eines Bestechungsverdachts gegen einen Bekannten von ihm im Zusammenhang mit dem Tabakhersteller Swedish Match wegen der neuen Tabakrichtlinie war Dalli im Oktober 2012 von seinem Amt als EU-Kommissar für Gesundheits- und Verbraucherpolitik zurückgetreten. Dalli bestritt die Vorwürfe und sprach von einer Intrige der Tabakindustrie. Auch das Anti-Tabak-Netzwerk Smoke Free Partnership wertet den Rücktritt von Dalli als einen Erfolg der Tabaklobby.

Michel Petite, der bis 2007 Generaldirektor des Juristischen Dienstes der EU-Kommission war, arbeitet heute für eine Anwaltskanzlei und ist dort als Lobbyist des Tabakkonzerns Philip Morris tätig. Seine Funktion als Vorsitzender des Ethikkomitees steht aufgrund seiner Lobbyistentätigkeit in der Kritik.

Auch der ehemalige Ministerpräsident und frühere CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber soll als Lobbyist der Tabakindustrie an Dalli herangetreten sein, um die Bedenken des bayerischen Tabakherstellers Pöschl gegenüber der neuen Richtlinie mitzuteilen. Dafür habe er seine Funktion als Vorsitzender der „Gruppe hochrangi-

ger Repräsentanten zum Bürokratieabbau“ genutzt. Die lobbykritische Organisation Lobbycontrol moniert, dass Stoiber die Kompetenzen seines Mandats damit überschritten habe. [ib]

- Lobbycontrol:  
[www.kurzlink.de/brief-tabaklobby2013](http://www.kurzlink.de/brief-tabaklobby2013)

### Europäisches Semester

## Abgeordnete für stärkere demokratische Kontrolle

■ Wegen der verstärkten Europäisierung der Wirtschaftspolitik sollten die nationalen Parlamente eine stärkere Kontrolle über die Entscheidungsfindung erhalten, erklärten im Januar europäische und nationale Abgeordnete. Die neuen Vereinbarungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung, die durch das Europäische Semester eingeführt wurden, nähmen direkten Einfluss auf nationale Wirtschaftspolitik. Daher müssten sie auch einer stärkeren demokratischen Kontrolle unterliegen, so die Abgeordneten. Das Europäische Semester ist ein Element der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, das 2010 von der EU-Kommission im Rahmen der Strategie Europa 2020 beschlossen wurde. [uk]

- [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: SPEECH/13/73)
- [www.kurzlink.de/pm-ep-2013-01](http://www.kurzlink.de/pm-ep-2013-01)
- DNR-Steckbrief zum Europäische Semester: [www.kurzlink.de/steckbrief-europ-sem](http://www.kurzlink.de/steckbrief-europ-sem)

### Verbandeforderungen

## Für eine bessere Umweltpolitik

■ Die Bundestagswahl am 22. September rückt immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Aus Sicht von Umwelt- und Naturschutzverbänden müssen für die kommende Legislaturperiode wichtige Weichen richtig gestellt werden, damit beispielsweise die Energiewende gelingen

Bundestagswahl  
2013

oder die biologische Vielfalt erhalten werden können.

Deshalb hat der Dachverband der Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) im Februar zwölf Forderungen an die Parteiprogramme zur Bundestagswahl veröffentlicht (siehe Artikel S. 29). Auch der NABU hat Kernforderungen zur Wahl 2013 formuliert. Für einen wirksamen Artenschutz fordert der NABU unter anderem das Bundesprogramm Biologische Vielfalt finanziell zu stärken und bis 2016 auf 100 Milliarden Euro aufzustocken.

Damit die Energiewende natur- und umweltverträglich umgesetzt werden kann, ist aus Sicht des Verbandes eine Transfer- und Clearingstelle erforderlich. Diese soll bei Konflikten zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und den Zielen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt vermitteln. Eine Schlüsselrolle für die Energiewende hat auch die energetische Gebäudesanierung.

Eine weitere Forderung ist vor dem Hintergrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Förderung der natürlichen Gewässerentwicklung. Zur Stärkung der demokratischen Meinungs- und Willensbildung muss aus Sicht des NABU die Beteiligung der Öffentlichkeit an Infrastrukturvorhaben verbessert werden. [mbu]

- DNR-Forderungen Bundestagswahl 2013:  
[www.kurzlink.de/dnr-wahl-claims01/13](http://www.kurzlink.de/dnr-wahl-claims01/13)
- NABU-Forderungen zur Bundestagswahl:  
[www.nabu.de/themen/umweltpolitik/portrait/bundestagswahl2013/15544.html](http://www.nabu.de/themen/umweltpolitik/portrait/bundestagswahl2013/15544.html)

### Neuer Wohlstandsindex

## Zufriedenheit bald messbar?

■ Ende Januar hat die vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ihren vorläufigen Bericht zu einem neuen Wohlstandsindex vorgelegt. Demnach sollen künftig zehn Indikatoren Aufschluss über Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität in Deutschland geben. Die zehn Kriterien der neuen Wohlstandsbeurteilung werden in drei Dimensionen gegliedert: Materiel-

ler Wohlstand und Lebensqualität werden um die Situation der Umwelt ergänzt. Zur Bewertung der Umweltqualität sollen die nationalen Treibhausgasemissionen, der Stickstoffkreislauf und die Artenvielfalt untersucht werden. Zusätzlich zu den zehn Indikatoren soll ein Frühwarnsystem etabliert werden, das vor neuen Krisen warnt.

SPD, CDU und FDP stimmten dem Vorschlag zu. Kritik kam von den Abgeordneten von Grünen und Linken. Sie halten den neuen Wohlstandsindex, für den noch ein griffiger Name gesucht wird, für unübersichtlich und schwer vermittelbar. Die Grünen schlugen dagegen einen Wohlstandskompass mit lediglich vier Indikatoren vor. Die Enquetekommission wird voraussichtlich im Mai ihren Abschlussbericht vorlegen. 2014 soll die neue Wohlstandsbeurteilung dann veröffentlicht und erstmals angewendet werden. [fc]

- [www.kurzlink.de/neuer\\_index13](http://www.kurzlink.de/neuer_index13)

### Bevölkerungsumfrage

## Bewusstsein ja, Handeln nein

■ Ende Januar hat das Bundesumweltministerium zusammen mit dem Umweltbundesamt die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ präsentiert. Die Studie zeigt, dass der Umweltschutz für die Deutschen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dieser sei nach der Überwindung der Finanzkrise die wichtigste politische Aufgabe. Die Studie wird alle zwei Jahre durchgeführt. Dieses Mal wurden innerhalb von zwei Monaten 2.000 Personen befragt.

Es wird deutlich, dass der Großteil der Deutschen ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein hat, allerdings wird es offenbar in vielen Bereichen nicht umgesetzt: Nur 74 Prozent der Befragten schalten im Haushalt Geräte ab, um Energie zu sparen. Bei der Studie im Jahr 2010 waren es noch 83 Prozent. Positiv fällt dagegen auf, dass der Anteil der Ökostromnutzer auf 20 Prozent gestiegen ist. [hk]

- [www.kurzlink.de/studie-umweltbew-12](http://www.kurzlink.de/studie-umweltbew-12)

## Am Aschermittwoch ist alles vorbei? Zum Beschluss über den künftigen EU-Haushalt.

**Die Staats- und Regierungschefs der EU haben im Februar beschlossen, den Umfang für den Mehrjährigen Finanzrahmen von 2014 bis 2020 zu kürzen. Das Gesamtbudget der Union soll demnach rund 960 Milliarden Euro betragen, etwa 90 Milliarden Euro weniger als von der EU-Kommission vorgeschlagen. Ein – nicht nur ernst gemeinter – Kommentar von Claus Mayr, NABU**

Wie schon im November vergangenen Jahres, hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. und 8. Februar mit ihren Amtskollegen und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy in Brüssel getroffen, um über die Ausgestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU ab 2014 zu verhandeln. Diesmal, man möge mir als Rheinländer diesen Hinweis verzeihen, an Weiberfastnacht, dem Tag also, an dem im Rheinland traditionell die „Weiber“ das Regiment übernehmen. Aber was in Köln, Bonn und Mainz klappt, scheint in Brüssel nicht funktioniert zu haben. Die Kanzlerin und ihre wenigen Amtskolleginnen konnten Van Rompuy und die männlichen Kollegen, allen voran die unlustigen Nettozahler François Hollande und David Cameron nicht überzeugen, den EU-Haushalt endlich in die richtige Richtung zu lenken. Viele Beobachter hatten nach dem Scheitern des Sondergipfels 2012 gehofft, dass Van Rompuy sowie die Staats- und Regierungschefs sich von den vorherrschenden nationalen Egoismen lösen und im zweiten Anlauf doch noch einen „intelligenteren“, zukunftsfähigen Haushalt beschließen könnten. Doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht.

Mit seiner Drohung, beim nochmaligen Scheitern des Gipfels die Haushaltsverhandlungen erst wieder nach den Bundestagswahlen im Herbst 2013 aufzunehmen, schaffte es Van Rompuy zwar, die Gipfelteilnehmer auf einen um gut 90 Milliarden Euro reduzierten Haushalt einzuschwören. Erhöht wurde die Drohkulisse durch die Ankündigung Camerons, bei unzureichenden Sparanstrengungen werde Großbritannien den EU-Haushalt blockieren, in einem Referendum über die EU-Zugehörigkeit abstimmen und EU-Recht „repatriieren“. Darunter ausgerechnet das Umweltrecht, als ob Luft, Wasser und ziehende Tierarten an Grenzen haltmachen würden. Hollande pochte für Frankreichs Bauern darauf, die Direktzahlungen im Agrarhaushalt kaum zu kürzen.

In dieser schwierigen Gemengelage blieben die in allen politischen Sonntagsreden beschworenen Vorträge des „better spending“ und „smart spending“, also einer klügeren Ausgabenpolitik, weitgehend auf der Strecke. Die wesentlichen Subventionstöpfe wie

Strukturförderung und Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wurden zwar auch gekürzt, aber ausgerechnet bei Zukunftsthemen wie Forschung und Innovation wurde wesentlich mehr eingespart. Und während zum Beispiel die Subventionen für den Fusionsreaktor ITER von immerhin 2,7 Milliarden Euro gar nicht thematisiert wurden, stand das Studentenaustauschprogramm „Erasmus“ auf der Kippe.

Die Staatschefs votierten für eine in mehrfacher Hinsicht flexible Handhabung des Greenings der Agrarpolitik durch die Mitgliedstaaten, machten aber auch klar, dass die Auflagen „für alle Betriebsinhaber verbindlich“ gelten müssen, und dass ökologische Vorrangflächen keine Stilllegungsflächen sind, wie Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied immer wieder behauptet haben.

Zudem wurde eine Deckelung der Direktzahlungen eingeführt, diese soll aber von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis eingeführt werden. Enttäuschend ist auch, dass die Mitgliedstaaten ebenso wie der Agrarausschuss im EU-Parlament eine überproportionale Kürzung der Mittel für ländliche Entwicklung sowie eine Umschichtung eines Teils dieser ohnehin knappen Gelder in die Direktzahlungen befürworten. Hier haben Frankreich (1 Milliarde Euro), Italien (1,5 Milliarde), Österreich (700 Millionen), Finnland (600 Millionen) und weitere Staaten für die ländliche Entwicklung noch Sonderzuweisungen ausgehandelt, während Deutschland – obwohl größter Nettozahler – und seine kleinen Landwirte etwa in Mittelgebirgsregionen davon nicht profitieren. Eine Ablösung des überholten Systems der gießkannenartigen Verteilung von Tier- oder Flächenprämien hin zu der erforderlichen Koppelung der Agrarsubventionen an konkrete Umweltstandards ist nicht gelungen.

Das einzige EU-Förderinstrument für die Umwelt, LIFE, wird zwar gemeinsam mit dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) erwähnt, seine Bedeutung aber in keiner Weise gewürdigt. Das ohnehin knappe LIFE-Budget von derzeit nur 0,2 Prozent des EU-Haushaltes soll sogar gegenüber den Vorschlä-

gen der Kommission von 3,2 auf nur noch 2,95 Milliarden Euro gekürzt werden. Die Appelle und Beschlüsse des EU-Parlamentes und des EU-Umweltministerrates zur Erhöhung des LIFE-Budgets wurden also von den Staats- und Regierungschefs missachtet. Merkel hat sich zudem über die entsprechenden Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat hinweggesetzt.

Noch kurz vor dem Gipfel hatte Staatsminister Michael Link im Auswärtigen Amt (FDP), Merksels Verhandlungsführer für den MFR, im Internetportal EurActiv verkündet, das „Prinzip Gießkanne“ bei der Mittelverteilung habe ausgedient. Am Nachmittag des 8. Februar, ein Tag nach Weiberfastnacht, waren diese Ziele Makulatur.

Trotz dieser wenig ambitionierten Ergebnisse des Sondergipfels und dem Abschied von einem Green Budget ist, um zur Eingangsbemerkung zurückzukommen, am Aschermittwoch nicht alles vorbei. Sowohl der EU-Haushalt als auch die Agrarreform münden in den kommenden Monaten in die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen Ministerrat, Parlament und Kommission, die spätestens im Herbst 2013 abgeschlossen sein müssen. Alle Fraktionen des Parlamentes haben bereits angekündigt, dem Haushaltsvorschlag des Rates nicht zuzustimmen.

Klar ist aber auch, dass spätestens nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2014 ein neuer Anlauf erforderlich ist, den EU-Haushalt und die Gemeinsame Agrarpolitik im Sinne der Zukunftsfähigkeit der Union und der Interessen der Steuerzahler neu zu ordnen und nicht mehr an den Interessen der Besitzstandswahrer, sondern am Gemeinwohl zu orientieren!

**Der Biologe Claus Mayr ist in Brüssel als Direktor für Europapolitik für den Naturschutzbund Deutschland (NABU) tätig.**

**Kontakt: Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: [claus.mayr@nabu.de](mailto:claus.mayr@nabu.de), [www.nabu.de/europa](http://www.nabu.de/europa)**

Niedersachsen**Rot-grüne Koalition setzt auf nachhaltige Energiewende**

■ Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung von Niedersachsen ist als Schwerpunkt eine Nachhaltigkeitsstrategie zur Energiewende festgeschrieben. Die Koalition aus SPD und Grünen möchte außerdem ein neues Klimaschutzgesetz erarbeiten. Darin sollen Klimaschutz- und Energieeffizienzziele und der rechtliche Rahmen festgelegt werden. Als weiteres wichtiges Ziel hat sich die Landesregierung den Umbau der Energieversorgung vorgenommen. Zukünftig soll die Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bezogen werden. So will die Regierung den Atomausstieg schaffen und die Abhängigkeit von fossilen Quellen beenden.

Die Koalition will auch ein strategisches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des 7. Umwelt-Aktions-Programms (7. UAP) erarbeiten. Weitere wichtige Themen sind, die Zielbestimmung „Alternativen zu Tierversuchen“ ins Tierschutzgesetz einzubringen und das Jagdrecht zu erneuern. Das Thema Umwelt soll besser als Bildungsziel integriert werden. Die neue Koalition will auch, dass Niedersachsen sich den Platz als Agrarland Nummer eins sichert. Ob das eine umweltfreundlichere Landwirtschaft bedeutet, wird sich zeigen. [aw]

► Koalitionsvertrag: [www.kurzlink.de/koalitions-ver2013nds](http://www.kurzlink.de/koalitions-ver2013nds)

stehen die Erleichterung des grenzüberschreitenden Zugverkehrs durch die Vereinheitlichung technischer Standards und strengere Regelungen zur Trennung von Betrieb und Infrastruktur.

Unternehmen, die diese Regeln missachten, sollen vom Zugang zu ausländischen Märkten im Personenverkehr ausgeschlossen werden. Durch die neuen Regelungen soll der Wettbewerb auf der Schiene gefördert werden, um den Bahnverkehr effizienter und günstiger zu gestalten und ein einheitliches europäisches Verkehrsnetz zu schaffen.

Die Grünen im Europaparlament lobten das Paket als einen wichtigen Schritt für die europäischen Eisenbahnen. „Wir unterstützen das Ziel einer finanziellen Entflechtung, damit Eisenbahnunternehmen öffentliche Gelder und die Einnahmen aus der Infrastruktur nicht zum Aufkauf von Konkurrenten oder Logistikunternehmen zweckentfremden können. Es ist überfällig, die mehr als 11.000 nationalen Vorschriften zusammenzuführen und die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) zum zentralen Verantwortlichen auf EU-Ebene zu machen“, sagte Michael Cramer, Abgeordneter der Grünen im Europaparlament.

Nun müssen das Europäische Parlament und die Regierungen der Mitgliedstaaten den Vorschlägen zustimmen, bevor sie endgültig verabschiedet werden können. [ej]

► Mitteilung der Kommission: [www.kurzlink.de/eisbahnpak4](http://www.kurzlink.de/eisbahnpak4)  
 ► Stellungnahme Michael Cramer: [www.kurzlink.de/cramereisbahn4](http://www.kurzlink.de/cramereisbahn4)

kehr, Bau und Stadtentwicklung jährlich Daten von 2.000 Personen in Deutschland ausgewertet.

Laut dem KIT wird das Fahrrad als Verkehrsmittel immer beliebter. Etwa ein Drittel der Menschen in Deutschland fährt wöchentlich Rad und legt damit fast 15 Prozent ihrer Wege zurück. Nicht nur mehr Personen würden das Fahrrad als Verkehrsmittel wählen, sondern auch die einzelnen Radfahrer würden immer mehr fahren. Während Senioren zunehmend Auto fahren würden, würden jüngere Menschen verstärkt auf Pkws verzichten.

Insgesamt sei ein Trend zur Intermodalität festzustellen, so die ForscherInnen. Das heißt, dass Menschen je nach Ziel und Zweck unterschiedliche Verkehrsmittel wählen und zwischen Fahrrad, Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln wechseln. [ej]

► Mobilitätspanel: [www.kurzlink.de/mobpanel](http://www.kurzlink.de/mobpanel)

Fahrrad**Auszeichnung für Münster**

■ Münster ist erneut die fahrradfreundlichste Stadt Deutschlands. Das ist das Ergebnis des Ende Januar vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs vorgestellten Fahrradklimatests 2012. Dabei konnten RadfahrerInnen die Fahrradfreundlichkeit ihrer Heimatstadt bewerten. Den zweiten Platz der Städte mit über 200.000 EinwohnerInnen belegte Freiburg, gefolgt von Karlsruhe. In der Kategorie 100.000 bis 200.000 EinwohnerInnen belegte Erlangen den ersten Platz.

80.000 RadfahrerInnen auf deutschen Straßen beteiligten sich an der Umfrage und 332 Städte haben die nötige Mindestanzahl von Fragebögen eingeschickt, darunter alle der 80 größten deutschen Städte. „Das ist ein großer Erfolg, der uns sehr freut. Damit ist der ADFC-Fahrradklimatest die größte Untersuchung ihrer Art weltweit“, sagte der ADFC-Bundesvorsitzende Ulrich Syberg. [ej]

► Fahrradklimatest 2012: [www.kurzlink.de/faklite12](http://www.kurzlink.de/faklite12)

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

Schieneverkehr**EU-Kommission legt Eisenbahnpaket vor**

■ Ende Januar hat die Europäische Kommission nach mehrmaligen Verschiebungen ihre Vorschläge für das vierte Eisenbahnpaket veröffentlicht. Im Zentrum

Mobilitätsstudie**Radfahren wird immer beliebter**

■ Menschen nutzen in Deutschland immer häufiger unterschiedliche Verkehrsmittel. Zu diesem Schluss kommt das Deutsche Mobilitätspanel des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das im Auftrag des Bundesministeriums für Ver-



Tourismus**Skibergsteigen in den Alpen**

■ Der Deutsche Alpenverein (DAV), das Bayerische Umweltministerium und das Bayerische Landesamt für Umwelt haben Ende Januar das Projekt „Skibergsteigen und Naturschutz“ abgeschlossen. Die Projektpartner haben seit 1995 den gesamten bayerischen Alpenraum erfasst und rund 500 Routenempfehlungen zum Skibergsteigen erarbeitet.

Das Projekt möchte einen effektiven Beitrag zum Arten- und Biotopschutz leisten und dabei umweltfreundliche Möglichkeiten für Ski- und Schneeschuhtouren langfristig erhalten.

Die erarbeiteten Routenempfehlungen und Schongebiete sind auf den bayerischen Alpenvereinskarten dokumentiert, die der DAV gemeinsam mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation in Bayern herausgibt. [e]

- ▶ Alpenvereinskarten Bayerische Alpen:  
[www.kurzlink.de/davalpenkarte](http://www.kurzlink.de/davalpenkarte)

## WASSER &amp; MEERE

Arktis**Schwarzer Ruß im Eis heizt Klima auf**

■ Die UmweltministerInnen der acht Anrainerstaaten der Arktis haben sich im Februar bei einem Treffen in Schweden auf verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Arktis verständigt. Sie wollen den Ausstoß von Ruß überwachen und forderten den Arktischen Rat auf, Maßnahmen zur Verringerung von Rußemissionen zu entwickeln.

Ruß, der die weißen Schnee- und Eismassen schwärzt, verstärkt den Klimawandel, weil weniger Wärme zurück ins All reflektiert wird. Dadurch heizt sich die Atmosphäre noch schneller auf. Die UmweltministerInnen halten Nationale

Aktionspläne oder der Austausch guter Praxis für hilfreich, um die Emissionen zu verringern.

Außerdem betonten die MinisterInnen wiederholt, dass der Klimawandel begrenzt werden müsse, um die weltweit einzigartigen Ökosysteme und die Artenvielfalt der Arktis zu schützen. [am]

- ▶ [www.government.se/content/1/c6/20/86/55/4942ec13.pdf](http://www.government.se/content/1/c6/20/86/55/4942ec13.pdf)

EU-Fischereipolitik**Gute Nachrichten aus dem EU-Parlament**

■ Das EU-Parlament hat im Februar für eine ehrgeizige Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gestimmt. Mit großer Mehrheit unterstützten die Abgeordneten einen Entwurf der Berichterstatterin Ulrike Rodust (SPD). Dieser verbietet, Beifänge ins Meer zurückzuwerfen und erlaubt ab 2015 nur noch Fangquoten auf Basis des höchstmöglichen Dauerertrags (Maximum Sustainable Yield).

Künftig sollen nach dem Willen des Parlaments vorrangig Mehrjahrespläne für Fischbestände verabschiedet werden. So soll auch mehr Planungssicherheit für die Fischereiindustrie erreicht werden. Beifänge, die oft tot ins Meer zurückgeworfen werden, sollen künftig komplett an Land gebracht werden. Dafür, dass die Fischer sich an das Rückwurfverbot halten, sollen die EU-Mitgliedstaaten sorgen. Außerdem sollen die europäischen Fangflotten so reduziert werden, dass sie den vorhandenen Fischbeständen entsprechen.

Umweltverbände lobten das Abstimmungsergebnis. Die EU-Abgeordneten hätten Geschichte geschrieben, indem sie die jahrzehntelang andauernde Überfischung beenden, sagte Uta Bellion vom NGO-Bündnis OCEAN2012. Greenpeace-Fischereiexpertin Saskia Richartz nannte das Ergebnis einen Beweis für den Willen des Parlaments, das Allgemeinwohl gegen die Interessen einiger Großfirmen zu verteidigen.

**politische ökologie**

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

**Ökologie von rechts**

Braune Umweltschützer auf Stimmenfang



Naturschutz zählt traditionell viel bei Rechtsgesinnten. Neu ist eher, dass sich braune Ökologen gezielt lokaler Konflikte annehmen: Sie marschieren auf Demonstrationen gegen Gentechnik, verteilen Flugblätter gegen geplante Masttierbetriebe oder machen in der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ Stimmung gegen etablierte umweltpolitische Institutionen. Zum Glück wehrt sich die demokratisch gesinnte Zivilgesellschaft, etwa indem sie Versuche der rechtsradikalen Unterwanderung von Bürgerinitiativen aufdeckt.

Mit Beiträgen von Andreas Speit, Nils M. Franke, Ludwig Trepl, Frank Uekötter, Johannes Melchert, Stefan Brauckmann u.v.m.



**Ökologie von rechts**  
politische ökologie (Band 131)  
144 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),  
ISBN 978-3-86581-286-5

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

**oekom**  
verlag

Das EU-Parlament ist nach Änderungen durch den Lissabon-Vertrag erstmals an der Ausrichtung der EU-Fischereipolitik beteiligt. Die nun anstehenden Verhandlungen mit den EU-FischereiministerInnen wird die Berichterstatterin Ulrike Rodust führen. Die irische Ratspräsidentschaft will eine Einigung über die Reform bis zum Sommer erzielen. [am]

- ▶ EU-Parlament:  
[www.kurzlink.de/pm-ep-gfp-060213](http://www.kurzlink.de/pm-ep-gfp-060213)
- ▶ [www.ocean2012.org](http://www.ocean2012.org)

#### Daseinsvorsorge

### Wird Wasser bald Privatsache?

■ Der Binnenmarktausschuss im EU-Parlament hat Ende Januar für eine europaweite Öffnung des Wassermarkts gestimmt. Kommunen sollen künftig gezwungen sein, Konzessionen für die Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Eine direkte Pflicht zu Privatisierung gibt es in der Konzessionsrichtlinie allerdings nicht, an den Ausschreibungen können sich auch öffentliche Anbieter wie Stadtwerke beteiligen.

Vor der Abstimmung hatte es breite Kritik an dem Vorhaben gegeben, da die neue Richtlinie Privatisierungen im Wasserbereich indirekt für klammere Kommunen attraktiver macht. So müssen Aufträge ab einer Höhe von acht Millionen Euro europaweit ausgeschrieben werden, auch wenn dabei bereits bestehende Konzessionen neu vergeben werden. Bei diesen Ausschreibungen würden kommunale Unternehmen dann mit großen Konzernen konkurrieren, kritisiert die Linksfraktion im Europäischen Parlament. Die umweltpolitische Sprecherin der EU-Linken Sabine Wils befürchtet, dass die neue Regelung dazu führt, dass mit Wasser spekuliert wird.

Noch bis Mai läuft eine Europäische Bürgerinitiative (EBI), die das Recht auf Wasser und den Ausschluss der Wasserwirtschaft von den Regelungen des EU-Binnenmarktes fordert. Die benötigte eine Million Unterschriften wurden bereits An-

fang Februar erreicht. Allerdings müssen daneben noch von der Bevölkerungszahl abhängige Mindestzahlen in mindestens sieben EU-Ländern erreicht werden. Bisher sind diese Quoren nur in vier EU-Mitgliedstaaten überschritten worden, darunter Deutschland.

Der Wirbel um die Konzessionsrichtlinie hat vermutlich dazu beigetragen, dass schon jetzt die Millionengrenze überschritten wurde. Bis Anfang Januar hatte die Bürgerinitiative nur etwa 100.000 UnterstützerInnen. [am]

- ▶ [www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu)
- ▶ EBI zum Recht auf Wasser: [www.right2water.eu](http://www.right2water.eu)

#### Kroatien

### Flusszerstörung vor EU-Beitritt

■ Die Umweltstiftung Euronatur hat anlässlich des Weltfeuchtgebietstags am 2. Februar den Ausbaustopp des Balkanflusses Save gefordert. Die kroatische Regierung versuche noch vor dem EU-Beitritt im Sommer 2013 Eingriffe in die Flusslandschaft durchzuführen, die sowohl gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) als auch gegen die europäische Biodiversitätsstrategie verstießen. Die Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet unter anderem ein Verschlechterungsverbot für den ökologischen Zustand.

Der ökologische Wert der Save ist unter Fachleuten unumstritten. Der Vorschlag, die Save als „erheblich verändertes Gewässer“ zu klassifizieren, führt nach Ansicht von Gabriel Schwaderer von Euronatur die WRRL als wirksames Instrument für den Gewässerschutz ad absurdum. Die Kroatische Gesellschaft für Vogel- und Naturschutz hatte 2010 gegen die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau geklagt. Bisher wurde über die Klage nicht entschieden, deshalb sei die Prüfung noch nicht rechtsverbindlich, sagte Schwaderer. [am]

- ▶ Euronatur, Geschäftsführer Gabriel Schwaderer, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 927210, E-Mail: [gabriel.schwaderer@euronatur.org](mailto:gabriel.schwaderer@euronatur.org), [www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)

#### Elbvertiefung

### Gerichtsentscheid nicht vor Jahresende

■ Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig wird Medienberichten zufolge frühestens Ende des Jahres entscheiden, ob die Elbvertiefung für den Ausbau des Hamburger Hafens rechtens ist. Bis dahin gilt der Baustopp, den das Gericht im Oktober auf einen Eilantrag von Umweltverbänden hin verhängt hatte (umwelt aktuell 11.2012, S. 26). Die Hamburger Grünen forderten den Senat auf, Gespräche mit den klagenden Umweltverbänden zu führen, um nach einer außergerichtlichen Kompromisslösung zu suchen. [am]

#### Feuchtgebiete

### Moore helfen, Arten und Klima zu schützen

■ Naturschutzverbände haben anlässlich des Weltfeuchtgebietstags am 2. Februar gefordert, die deutschen Moore besser zu schützen. Der NABU und der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) unterstrichen die Bedeutung der Moore für Klima- und Artenschutz.

Die Renaturierung von intensiv genutzten Mooren könne sie von CO<sub>2</sub>-Quellen in CO<sub>2</sub>-Senken umwandeln, so der LNV. Renaturierungsmaßnahmen für Moore sollten deshalb in den Emissionshandel aufgenommen werden.

Der NABU forderte eine Reform der Agrarpolitik, um Feuchtgebiete besser zu schützen. Insbesondere der Anbau von Mais für Biogasanlagen auf Moorflächen müsste beendet werden. Dazu müsse die Bundesregierung ihre Förderpolitik ändern. [am]

- ▶ LNV Baden-Württemberg, stellv. Vorsitzender Gerhard Bronner, Tel. +49 (0)771 / 9291-505, E-Mail: [gerhard.bronner@lnv-bw.de](mailto:gerhard.bronner@lnv-bw.de), [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)
- ▶ NABU, Moorexperte Felix Grützmaier, Tel. +49 (0)30 / 284984-1622, E-Mail: [felix.gruetzmaier@nabu.de](mailto:felix.gruetzmaier@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## „Wirtschaftswachstum ist niemals zum ökologischen Nulltarif zu haben.“

Ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum bringt unseren Planeten an die Grenzen seiner ökologische Belastbarkeit. Die EU-Kommission setzt auf grünes Wachstum und will Ressourcenverbrauch vom Wachstum entkoppeln. Das reicht nicht aus, stattdessen müssen wir uns von unserem Wohlstandsschrott verabschieden, sagt der Volkswirtschaftler Niko Paech.

### Herr Paech, Sie gelten als radikalster Wachstums-kritiker unter den Ökonomen. Welche Probleme sehen Sie in der Wachstumskultur?

Niko Paech: Weiteres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) scheitert erstens an absehbaren Ressourcenengpässen – wie fossilen Ressourcen, Flächen, Seltenen Erden – und verringert zweitens per se keine Verteilungsungleichheiten. Drittens sorgt es nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus nicht mehr für Glückszuwächse. Viertens ist Wirtschaftswachstum niemals zum ökologischen Nulltarif zu haben.

### EU-Umweltkommissar Janez Potočnik plädiert für eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum. Wie bewerten Sie diesen Ansatz?

Wir leben ökologisch derart über unsere Verhältnisse, dass nur eine absolute Entlastung der Umwelt verantwortbar wäre. Das Dilemma besteht darin, dass zwar eine relative Entkopplung zusätzlicher Wertschöpfung denkbar wäre. Die stellt aber eine Mogelpackung dar, weil der pro weiterer Wertschöpfungseinheit verursachte Schaden bestenfalls abnimmt, aber nie verschwindet. Also steigt insgesamt das Schadensniveau! Akzeptabel wäre nur eine absolute Senkung der Umweltbelastung. Aber das physikalische Wunder, dies bei steigendem BIP hinzubekommen, ist weder jemals gelungen noch absehbar.

### Halten Sie qualitatives Wachstum für eine geeignete Lösung?

Jede BIP-Zunahme hat erstens eine Entstehungsseite, setzt also gestiegene Güterproduktion voraus, und zweitens eine Verwendungsseite, weil zusätzliches Einkommen und somit Nachfrage entsteht. Somit müssten beide Seiten entmaterialisiert werden. Selbst wenn jemals ein materieloser Anstieg der Güterproduktion möglich wäre – was nahezu undenkbar ist, weil Häuser, Autos, Flugzeuge, Handys nun mal physische Objekte sind –, verbliebe auf der Verwendungsseite ein unlösbares Problem: Wo bleibt das zusätzliche Einkommen, das durch Wachstum notwendigerweise entsteht? Wenn etwa zusätzliche LehrerInnen und KrankenpflegerInnen eingestellt werden, werden diese Personen ihr Geld wahrscheinlich kaum

dafür verwenden, ausschließlich weitere LehrerInnen oder KrankenpflegerInnen zu finanzieren. Aber ab-surderweise müsste genau dies erfolgen, damit ein qualitatives Wachstum herauskäme! Natürlich werden sie mit dem Geld kaufen, was sich jeder Konsument wünscht und somit die Nachfrage nach Autos, Flugreisen, Einfamilienhäusern oder Smartphones anheizen. Würde das zusätzliche Einkommen abgeschöpft, um diesen Rebound-Effekt auszuschalten, würde das BIP-Wachstum praktisch im Keim erstickt. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz.

### Wie sieht Ihr Konzept einer Postwachstumsökonomie aus?

Puh ... das kann ich hier nur skizzieren. Grob vereinfacht sind zwei Stoßrichtungen vonnöten, nämlich erstens ein Zeitalter der Entrümpelung, also eine Suffizienzbewegung, und zweitens eine neue Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung, also mehr Subsistenz. Suffizienz kehrt das moderne Steigerungsprinzip ins Gegenteil um: kreative Reduktion als Gestaltungsprinzip. Wir könnten viele Energiesklaven, Komfortkrücken und Infrastrukturen ausfindig machen, die wir gar nicht nötig haben – ganz gleich ob elektrisches Küchengerät, Wellness-Rezeptur, Flugreise oder Tiefseehafen. So sparen wir Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen. Weg mit dem Wohlstandsschrott, der unser Leben verstopft! Der zweite Ansatzpunkt zielt darauf, unabhängiger von geldbasierter Fremdversorgung zu werden. Eigenarbeit ist angesagt! Wer durch handwerkliche und manuelle Versorgungsleistungen unentgeltlich produktiv ist, und zwar sowohl für sich selbst als auch das nahe soziale Umfeld, schlägt drei Fliegen mit einer Klappe: Erstens ist es der beste Selbstschutz gegenüber zukünftigen Ressourcenknappheiten, die das aktuelle Wohlstandsmodell unbezahlbar machen. Zweitens schützen wir direkt die Umwelt. Und drittens mildern wir strukturell Wachstumszwänge, die einem geldbasierten, arbeitsteiligen Industriemodell innewohnen.

### Wie lassen sich Nullwachstum und Arbeitsplätze vereinbaren?

Erstens durch eine Verkürzung der regulären Erwerbsarbeitszeit, also eine 20-Stunden-Woche, wobei das

natürlich ein Durchschnittswert für die Lebensarbeitszeit ist. Zweitens durch eine weniger kapitalintensive Produktion, sodass wieder mehr Arbeitskraft benötigt wird. Mehr lokales oder regionales Handwerk – weniger Automatisierung und Globalisierung, heißt hier das Motto. Drittens durch einen hinreichenden Grad an marktfreien Versorgungsformen, sodass die Abhängigkeit von Geld und somit Arbeitsplätzen verringert wird.

### Was können Umweltverbände tun?

Erstens sind Umweltverbände prädestiniert dafür, politischen Druck für ein Landschafts- und Bodemoratorium zu entfachen. Es darf überhaupt kein weiterer Quadratmeter Fläche mehr versiegelt werden oder durch Anlagen zur Energieproduktion zerstört werden. Wer noch etwas bauen will, sollte dies ausschließlich auf bereits versiegelten Flächen, also Industriebrachen, stillgelegten Flughäfen oder Autobahnen tun dürfen. So wird eine effektive Wachstumsbremse geschaffen – oder gab es jemals Wirtschaftswachstum ohne zunehmenden Flächenverbrauch? –, die sich mit den originären Zielen der Umweltverbände deckt. Zweitens sollten die Umweltverbände Projekte der urbanen Selbstversorgung unterstützen, nämlich speziell im Obst- und Gemüseanbau. Die Rückkehr der Gärten in die Städte ist zugleich hervorragender Umweltschutz. Drittens sollten die Mitglieder und Funktionäre durch sesshafte, genügsame, also postwachstumstaugliche Lebensstile ein echtes Vorbild sein.

[Interview: Uta Klönne, Inga Bollert]

Der Ökonom und Wachstumskritiker Niko Paech vertritt den Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg.



**Kontakt:**  
Tel. + 49 (0)441 /  
7984264, E-Mail:  
niko.paech@uni-oldenburg.de

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

Weltwirtschaftsforum

## Klimawandel bedroht globale Wirtschaft

■ Das Risk Response Network des Weltwirtschaftsforums kommt in dem Bericht „Globale Risiken 2013“ zu dem Schluss, dass der Klimawandel aufgrund der anhaltenden Finanzkrise zu wenig Aufmerksamkeit erhält. Für die Studie wurden über 1.000 Experten nach Wahrscheinlichkeit und Auswirkungen von 50 Risiken befragt.

Wie bereits 2012 bewerteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage erhebliche Einkommensunterschiede und Ungleichgewichte in den Staatshaushalten als die beiden wahrscheinlichsten Risiken. An dritter Stelle nannten sie erneut den Anstieg der Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus bezeichneten die Befragten Wasserknappheit als eines der wahrscheinlichsten und folgenreichsten Risiken. Nur die Folgen eines Zusammenbruchs des Finanzsystems fürchteten die befragten Fachleute mehr.

Etwa 700 Milliarden US-Dollar müssten jährlich zusätzlich investiert werden, um dem Klimawandel gegenzusteuern. Das geht aus dem Green Investment Report der Green Growth Action Alliance des Weltwirtschaftsforums hervor. Die grünen Investitionen sind laut Bericht bislang unzureichend. Sie würden noch immer von Investitionen in fossile Infrastrukturen übertroffen.

Die Papiere dienen als Diskussionsgrundlage für das 43. Treffen des Weltwirtschaftsforums Ende Januar im schweizerischen Davos unter dem Motto „Widerstandsfähige Dynamik“. Dort wurde unter anderem über die Kontrolle der Finanzbranche diskutiert. [ib]

- ▶ „Globale Risiken 2013“: [www3.weforum.org/docs/WEF\\_GlobalRisks\\_Report\\_2013.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2013.pdf)
- ▶ „Green Investment Report“: [www3.weforum.org/docs/WEF\\_GreenInvestment\\_Report\\_2013.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GreenInvestment_Report_2013.pdf)

Unternehmensverantwortung

## Shell und Goldman Sachs im Auge der Öffentlichkeit

■ Die Umweltorganisation Greenpeace Schweiz und der globalisierungskritische Verein die Erklärung von Bern (EvB) haben Ende Januar die Public Eye Awards 2013 für die unverantwortlichsten Konzerne verliehen. An der Abstimmung für den Publikumspreis hatten sich knapp 42.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die Mehrheit stimmte für das britisch-niederländische Unternehmen Shell. Die Negativauszeichnung erhält der Ölkonzern für seine riskanten Ölförderaktivitäten im Nordpolarmeer. Shell ist damit das einzige Unternehmen, das den Public Eye Award bereits zum zweiten Mal erhält.

Der Jurypreis ging an die Investment-Bank Goldman Sachs. Die Jury brandmarkte die US-Bank unter anderem wegen ihrer Mitverantwortung in der Griechenlandkrise und ihrer Aktivitäten auf dem Rohstoffmarkt. Der Public Eye Award wird jedes Jahr als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos verliehen. [ib]

- ▶ Public Eye Award: [www.kurzlink.de/public-eye-award2013](http://www.kurzlink.de/public-eye-award2013)

EU-Lateinamerika-Gipfel

## Freihandel für besseren Zugang zu Rohstoffen

■ Auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Santiago de Chile sprachen sich Ende Januar die teilnehmenden Staaten dafür aus, Handelshemmnisse abzubauen und bekräftigten die Absicht einer strategischen Partnerschaft. Die EU ist schon seit Ende der 1990er Jahre bestrebt, ein Freihandelsabkommen mit dem Wirtschaftsverbund Mercosur zu vereinbaren, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

Bilaterale Freihandelsabkommen ist die EU bereits mit Chile, Peru und Kolumbien eingegangen. Nichtregierungsorganisatio-

nen für Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechtsorganisationen sehen die Freihandelsabkommen der EU mit anderen Ländern kritisch. Anlässlich des Gipfels hatten sich Tausende Demonstranten in Santiago de Chile versammelt. Sie forderten unter anderem mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit.

Am Rande des EU-Lateinamerika-Gipfels hat Deutschland ein Rohstoffabkommen mit Chile vereinbart. Anlass ist unter anderem die Sorge der deutschen Industrie, welche die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen gefährdet sieht. Es ist nach den Abkommen mit Kasachstan, der Mongolei und Peru die vierte Rohstoffpartnerschaft der deutschen Bundesregierung innerhalb der letzten zwei Jahre. Chile verfügt über bedeutende Vorkommen an Kupfer oder Lithium. [ib]

- ▶ BMWI: [www.kurzlink.de/bmwi-eu-lat](http://www.kurzlink.de/bmwi-eu-lat)
- ▶ Kritischer Artikel „Rohstoffpolitik: Zugriff auf Ressourcen“, *umwelt aktuell* 08.2012 (S. 6–7): [www.kurzlink.de/ua-08/12-ress](http://www.kurzlink.de/ua-08/12-ress)

Information

## Broschüre zur europäischen Rohstoffpolitik

■ Reinhard Bütikofer, Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, hat Anfang Februar die Broschüre „Seltene Erden und die Neuentdeckung der Rohstoffpolitik“ veröffentlicht. Die Broschüre gibt eine Einführung in die Rohstoffpolitik und die beteiligten Akteure in der EU. Außerdem geht es um die internationalen Rohstoffmärkte, den Rohstoffabbau in Europa und aktuelle Konflikte, zum Beispiel die Versorgungssicherheit mit den sogenannten Seltenen Erden. Bütikofer macht die politischen Forderungen der Grünen für eine nachhaltige Rohstoffpolitik deutlich: eine Innovationsstrategie, die auf Ressourceneffizienz und Recycling setzt. [ww]

- ▶ Broschüre: [www.kurzlink.de/broschuere-roh02/13](http://www.kurzlink.de/broschuere-roh02/13)

## DNR INTERN

## Forderungen an Parteien

## DNR für mehr Nachhaltigkeit

Bundes-  
tagswahl  
2013

■ Am 22. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Aus diesem Anlass hat der Deutsche Naturschutzring zwölf Forderungen an die Parteien formuliert. Das Papier umfasst zwölf Kernthemen, die auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, den Erhalt der biologischen Vielfalt, eine ambitioniertere Klima- und Energiepolitik und Reformen im Umweltrecht zielen. Die Forderungen wurden an die CDU, die SPD, die FDP, die Linke, die Grünen und die Piraten geschickt.

Aus Sicht des DNR sind für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ein ökologisches Steuersystem und der Abbau umweltschädlicher Subventionen erforderlich. Das könne beispielsweise durch eine stärkere Besteuerung von Ressourcen und Energie und gleichzeitig weniger Steuern auf Arbeit geschehen.

Eine weitere Forderung ist ein nachhaltigeres Wettbewerbsrecht und die Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um einen Wohlfahrtsindex. Außerdem appelliert der Umweltdachverband an die Parteien, bestehende Forschungsprogramme sowie Bundesforschungseinrichtungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit zu überprüfen. Es sollte ein Forschungsrat geschaffen werden, in dem die Zivilgesellschaft vertreten ist, und beispielsweise die Grundlagenforschung über eine Postwachstumsökonomie gefördert werden.

Für den Erhalt der Biodiversität seien mehr Finanzmittel bereitzustellen. Zudem sollten weitere 30.000 Hektar Flächen des Nationalen Naturerbes gesichert und ein Naturerbefonds geschaffen werden. Darüber hinaus bedürfe es einer ökologischeren Agrarpolitik, sowohl national als auch in der EU. Bei der Vorbereitung des deutschen Vorsitzes der Alpenkonvention spricht sich der Dachverband dafür aus, die Naturschutzverbände zu beteiligen.

In der Klima- und Energiepolitik fordert der DNR einen unverzüglichen Atomausstieg sowie eine naturverträgliche Energiegewende. Außerdem spricht er sich für ein Klimaschutz- und ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz aus. Auch eine umweltverträgliche Mobilitäts- und Raumordnungspolitik sei notwendig.

Der DNR appelliert zudem an die Parteien, eine EU-Bodenrahmenrichtlinie zu unterstützen. Zur Stärkung des Tierschutzes sollen unter anderem das Verbandsklagerecht eingeführt und das Tierschutzgesetz reformiert werden. Des Weiteren verlangt der Umweltdachverband eine Reform des Bundesberggesetzes und wirksamere Lärmschutzregelungen. [ib, mbu]

- DNR Forderungen Bundestagswahl 2013:  
[www.kurzlink.de/dnr-wahl-claims01/13](http://www.kurzlink.de/dnr-wahl-claims01/13)

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Portraitserie

## Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in regelmäßigen Abständen die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt. Den Auftakt bildeten die drei neuen Verbände, die im Dezember auf der Mitgliederversammlung aufgenommen wurden. In alphabetischer Reihenfolge werden die Portraits nun fortgesetzt.

### Aktion Fischotterschutz

Für die Aktion Fischotterschutz steht der Fischotter für ökologisch unversehrte Gewässer. Deshalb versucht der Verein seit der Gründung 1979 das Wohlergehen der Otter und anderer Marderarten sowie den Zustand ihrer Lebensräume zu optimieren. Durch die Arbeit in der Biotopentwicklung und im Forschungsbereich können effektive Lösungen zum Erhalt der Natur entwickelt werden. Mit dem von jährlich 100.000 Personen besuchten Otterzen-

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## Wie Interventionsforschung

Die Zukunft gestalten wir alle gemeinsam. Unsere Kultur kann jedoch besser oder schlechter den Rahmen für die Prozesse bieten, in denen Politik und Zivilgesellschaft in Dialog treten und einen Weg zur nachhaltigen Entwicklung suchen. In diesem Buch kommen politische Akteure und BürgerInnen zu Wort, nennen Hindernisse und Randbedingungen für gelebte Zukunftsfähigkeit. Es beschreibt den möglichen Transformationsprozess hin zu einer Kultur der Nachhaltigkeit.

R. Trattnigg, T. Haderlapp  
**Zukunftsfähigkeit ist eine Frage der Kultur**  
Hemmnisse, Widersprüche, Gelingensfaktoren des kulturellen Wandels

702 Seiten, Hardcover, 44,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-413-5

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

trum in Hankensbüttel leistet der Verein außerdem einen wichtigen Beitrag zur Naturschutzbildung. Projekte wie die internationale Zuchtbuch für den Eurasischen Fischotter und das errichtete Otter Habitat Netzwerk für Zentraleuropa konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden. Rund 15.000 Mitglieder und Förderer unterstützen die Aktion Fischotterschutz, neue Mitglieder sind jederzeit willkommen. Wer dem Verein helfen will, kann beispielsweise Tierpate werden. **[hk]**

- ▶ Aktion Fischotterschutz, Mark Ehlers, Hankensbüttel, Tel. +49 (0)5832 / 9808-0, Fax -51, E-Mail: afs@otterzentrum.de, www.otterzentrum.de

### Aktionsgemeinschaft Artenschutz

Aus der „Aktion Rettet die Schildkröten“ wurde 1986 die Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA). Seitdem setzt sich der Verein allgemein für den Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten ein. Projekte auf der ganzen Welt werden in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen realisiert. Durch Grundlagenforschung kann die AGA effektive Schutzmaßnahmen ergreifen. Die Verbreitungsgebiete der Koalas und Pinguine werden beispielsweise erforscht, damit ein besserer Schutz gewährleistet werden kann. Vor Ort hilft der Verein bei der Aufzucht von Geparden- und Elefantenwaisen. Baumpflanzaktionen sollen dazu beitragen, dass die Lebensräume der bedrohten Arten erhalten bleiben. Interessierte können es den etwa 1.200 Fördermitgliedern gleichtun und den Verein durch Spenden, als ehrenamtlicher Helfer, Pate oder Fördermitglied in seiner Arbeit unterstützen. **[hk]**

- ▶ Aktionsgemeinschaft Artenschutz, Birgit Braun, Korntal-Münchingen, Tel. +49 (0)7150 / 9222-10, Fax -11, E-Mail: info@aga-artenschutz.de, www.aga-artenschutz.de

### ARGE kdr

Anlass der Gründung der Arbeitsgemeinschaft kontrolliert deklarierte Rohstoffe (ARGE kdr) im Jahr 2003 war eine Ausschreibung zum Thema „Lehrgangsentwicklung zum Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen“. Der Schwerpunkt des Vereins

liegt bei der Förderung und Entwicklung von Produkten und Techniken aus nachhaltigen Rohstoffen in allen Produktbereichen. Mit der Ausarbeitung von Leitlinien für gesundheits- und umweltverträgliche Konzepte leistet die ARGE kdr einen wichtigen Beitrag. Als Interessenverband repräsentiert die ARGE kdr die Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen im Europäischen Komitee für Normung. Nach eigenen Angaben hat der Verein 25 Mitglieder. Er setzt sich mit seinen Projekten unter anderem für eine größere Offenlegung bei der Rohstoffproduktion, für Verbraucheraufklärung oder für die Reduzierung der bei der Produktentsorgung entstehenden Treibhausgase ein. Wer die ARGE kdr unterstützen will, kann Mitglied werden. **[hk]**

- ▶ ARGE kdr, Manfred Krines, Frankfurt am Main / Karlsruhe, Tel. +49 (0)700 / 12345621, E-Mail: mail@argekdr.de, www.arge-kdr.de

### Fachtagung

## Rechtsextremismus unter ökologischem Deckmantel

■ Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen präsentieren sich in der Öffentlichkeit zunehmend als Fürsprecher gesamtgesellschaftlicher Anliegen. Mit modernen Kommunikationsmitteln äußern sie sich auch zu Natur- und Umweltschutzbelangen; das sind zum Beispiel Artenschutz, Heimatthemen, Ökolandbau, gesunde Ernährung, Gentechnik, Tierschutz, Energiewende.

Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) befürchtet, dass Naturschutz- und Umweltthemen von der rechtsextremen Szene instrumentalisiert werden. Aus diesem Grund veranstaltet der Verband am 21. und 22. März in Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „Naturschutz und Rechtsextremismus“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung wollen sich mit der Ideologie und Strategie der Rechtsradikalen auseinandersetzen und über mögliche Gegenmaßnahmen diskutieren.

So stehen beispielsweise Argumentationshilfen für Aktive im Natur- und Umweltschutz auf dem Programm. Der Generalsekretär des DNR Helmut Röscheisen wird über seine Erfahrungen mit rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien berichten. Neben Vertretern aus Verbänden, Wissenschaft, Politik und Kirche wird auch der Verfassungsschutz anwesend sein. Ökologie von rechts war auch das Thema der Zeitschrift Politische Ökologie des oekom Verlags im Dezember 2012. **[mbu]**

- ▶ Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN), Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244, Fax -9999, E-Mail: mail@bbn-online.de, www.bbn-online.de
- ▶ www.oekom.de/zeitschriften/politische-oekologie.html

### EHRENAMT

### Gemeinnützigkeitsrecht

## Bürgergesellschaft stärken

■ Im Februar 2013 hat der Bundestag dem sogenannten Ehrenamtsstärkungsgesetz zugestimmt. Der Finanzausschuss hatte das Gesetz, das ursprünglich Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz hieß, Anfang des Jahres auf den Weg gebracht. Nun muss es noch durch den Bundesrat.

Dem Entwurf zufolge werden rückwirkend zum 1. Januar 2013 unter anderem die Übungsleiterpauschale auf 2.400 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 720 Euro jährlich angehoben. Gemeinnützige Organisationen dürfen künftig flexibler mit ihren Mitteln umgehen: So wird es leichter, Gelder zurückzulegen. Auch die Frist, das Geld auszugeben, wird verlängert. Bei der Bildung freier Rücklagen kann der nicht ausgeschöpfte Höchstbetrag in den folgenden zwei Jahren nachgeholt werden.

Der Bundestag lehnte Änderungsanträge der Fraktion Die Linke ab, wonach Aufwandsentschädigungen für kommunale Mandate und bürgerschaftliches Engagement nicht auf Grundsicherung und Sozialhilfe angerechnet werden sollen.

Für das Stiftungswesen treten Änderungen in Kraft: Neu errichtete Stiftungen haben ein Jahr länger Zeit, ihre Erträge wieder dem Vermögen zuzuführen, anstatt sie für die Verfolgung ihres Stiftungszwecks auszugeben. [mbu]

- Entwurf Gemeinnützigkeitsrecht: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/121/1712123.pdf>

## PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

### Green Me-Filmfestival

#### DNR-Preis für Dokumentarfilm

Am Vorabend der Internationalen Filmfestspiele im Februar in Berlin wurden die Preise für das grüne Filmgenre vergeben. Das Green Me-Festival, das 2007 als umweltpolitische Filminitiative gestartet war, fand dieses Jahr zum sechsten Mal statt.

Den Preis für den besten Dokumentarfilm in Höhe von 3.000 Euro stiftete der Deutsche Naturschutzring. Sieger in dieser Kategorie wurde der Beitrag „Bottled Life – Nestlés Geschäfte mit dem Wasser“ (2012). Der Schweizer Journalist Res Gehrig ging weltweit auf Spurensuche nach

dem Geschäft mit Trinkwasser und präsentiert Praktiken in verschiedenen Ländern.

Der Film unter der Regie von Urs Schnell zeigt am Beispiel einer Wasserflasche einen aktuellen Konflikt: In zahlreichen Ländern ist die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser nicht gewährleistet. Für multinationale Konzerne wie Nestlé ist das eine gute Voraussetzung, ihren Profit zu steigern. Denn Wasser ist eine Lebensnotwendigkeit. Überreicht wurde der Preis von der zweiten Vizepräsidentin des DNR Undine Kurth. In der Jury saß neben Hannelore Elsner, Minu Barati, Nina Eichinger, Gedeon Burkhard und Karsten Schwanke der erste Vizepräsident des DNR Leif Miller.

In der Kategorie Kinder- und Jugendfilm gewann der Beitrag „Weil ich länger lebe als du“ – eine Geschichte von drei Kindern, die den Erwachsenen nicht mehr zutrauen, ihre Welt in einem lebenswerten Zustand zu hinterlassen. Die 1.000 Euro Preisgeld der Firma Rewe gingen nicht an die Macher des Films, sondern an die Initiative Plant for the Planet. Als bester Spielfilm wurde die nigerianische Produktion „Hoodrush“ ausgezeichnet, ein Thriller über zwei Brüder, die aus ihrem Ghettoleben ausbrechen und Musikstars werden wollen. Den mit 5.000 Euro dotierten Preis stiftete der Hersteller der Zigarettenmarke American Spirit. [mbu]

- [www.greenme.de](http://www.greenme.de)

### Jugendwettbewerbe

#### Kreativer Umweltschutz

Zum ersten Mal führt das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) den Wettbewerb „Junge Reporter für die Umwelt“ auf nationaler Ebene durch. Jugendliche im Alter von zwölf bis 21 Jahren sollen in ihren Wettbewerbsbeiträgen ein Umweltproblem und mögliche Lösungsansätze schildern.

In der Litter Less Kampagne soll dagegen die Abfallproblematik im Fokus stehen. Teilnehmer können ihre Artikel, Videos, Fotos oder Bildergeschichten für beide Wettbewerbe bis zum 1. April einreichen. Zu gewinnen sind attraktive Sachpreise. Die Gewinner des Wettbewerbs „Junge Reporter für die Umwelt“ sowie die der Litter Less Kampagne nehmen außerdem automatisch am internationalen Wettbewerb teil.

Für Lehrer hat das UfU einen Leitfaden mit Methoden, Unterrichtstipps und Kopiervorlagen entwickelt. Ein Onlinekurs zur selbstständigen Erstellung von beispielsweise Schülerzeitungen befindet sich in Bearbeitung und wird zu einem späteren Zeitpunkt das Angebot ergänzen. [hk]

- [www.junge-reporter.org](http://www.junge-reporter.org)
- [www.yre-litterless.org](http://www.yre-litterless.org)
- [www.ufu.de](http://www.ufu.de)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## S wie Stadtentwicklung

Wolfgang Schuster zeigt wie eine nachhaltige Alltagskultur in Städten gestaltet werden kann. Er führt vor Augen, wie Nachhaltigkeit in 21 konkreten kommunalen Aufgabenfeldern umgesetzt werden kann. Von städtebaulicher Entwicklung, über Lebenslanges Lernen bis hin zur Bürgergesellschaft erläutert er Leitziele, benennt Aufgaben und schildert praxiserprobte Lösungswege.

**W. Schuster**  
**Nachhaltige Städte - Lebensräume der Zukunft**  
 Kompendium für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Stuttgart  
 152 Seiten, Hardcover, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-327-5

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## TERMINE

## MÄRZ

04.–06.03., Hamburg (D)

**Küstenforschung,  
Küstennutzung  
und Küstenschutz.**

Symposium

▶ Helmholtz-Zentrum

Geesthacht, Sabina Billerbeck, Tel. +49 (0)4152 / 871830, E-Mail: kuestentagung@hzg.de, www.hzg.de/mw/kuestentagung

09.03., verschiedene Orte

**Fukushima ist überall. Die Katastrophe mahnt:  
Atomanlagen abschalten! Veranstaltungen zum  
zweiten Jahrestag des GAUs in Fukushima**

▶ www.ausgestrahlt.de/mitmachen/  
fukushima2013

13.03., Schneverdingen (D)

**Land(wirt)schaft, Demokratie und Agro-  
Gentechnik: Wer entscheidet was auf Äckern und  
Tellern landet? Forum**

▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Margrit Nalezinski, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, E-Mail: margrit.nalezinski@nna.niedersachsen.de, www.kurzlink.de/nna-13-c-03

14.03., Brüssel (D)

**Europäische Rohstoffkonferenz**

▶ Forum Europe, Kristie Fagan, Tel. +44 (0)2 / 920-783026, E-Mail: rawmaterials@forum-europe.com, www.eu-ems.com/summary.asp?event\_id=136

15.03., Zürich (CH)

**So fördern Gemeinden dezentrale, erneuerbare  
Energien. Tagung**

▶ Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz, Karin Schweizer, Tel. +41 (0)44 / 2674473, E-Mail: ks@naturschutz.ch, www.umweltschutz.ch

15.–17.03., Berlin (D)

**Städte in Zukunft grün und mobil. Umwelt- und  
Verkehrskongress**

▶ BUVKO, E-Mail: info@buvko.de, www.buvko.de

15.–17.03., Lemförde/Stemshorn (D)

**Bekassine – Vogel des Jahres – Wiesenvogelschutz  
zwischen Wunsch und Wirklichkeit**

▶ Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz; NABU, Marcel Faska, Tel. +49 (0)30 / 284984 -1573, E-Mail: marcel.faska@nabu.de, www.kurzlink.de/nna-13-a-11

18.–20.03., Hamburg (D)

**European Climate Change Adaption Conference**

▶ TuTech Innovation GmbH, Gerlinde Loebkens, Tel. +49 (0)40 / 7629-6551, Fax -6559, E-Mail: loebkens@tutech.de, www.eccconf.eu

20.–21.03., Berlin (D)

**Pflanzenbauliche Verwertung von Gärückständen  
aus Biogasanlagen. Fachtagung**

▶ Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Tel. +49 (0)3843 / 69 30-0, E-Mail: info@fnr.de, www.fnr.de/gaerresttagung2013/

21.–22.03., Berlin (D)

**Naturschutz und Rechtsextremismus. Fachtagung**

▶ Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bundesamt für Naturschutz, Tel. +49 (0)228 / 84913244, www.bbn-online.de

21.–22.03., Freiburg (D)

**Nachhaltigkeit im Wandel. 300 Jahre Ressourcen-  
bewirtschaftung – Anspruch und Wirklichkeit**

▶ Universität Freiburg, E-Mail: forstgeschichte@ifp.uni-freiburg.de, www.ifp.uni-freiburg.de

22.–23.03., Hofgeismar (D)

**Nachhaltigkeitsrecht: Ein Weg zu einer  
dauerhaften und globalisierten Lebens- und  
Wirtschaftsweise? Tagung**

▶ Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax: +49 (0)5671 / 881-154, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, http://ekkw.de/akademie.hofgeismar/tagungen\_2012.htm#nachhaltig

30.03.–06.04., Berlin (D)

**Theorie der Herrschaftsfreiheit. Seminar**

▶ Projektwerkstatt Saasen, Tel. +49 (0)6401 / 90328-3, Fax +49 (0)3212-1434654, E-Mail: saasen@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/termine

## APRIL

09.–10.04., Berlin (D)

**Energiewende europäisch denken! Fachkonferenz**

▶ Heinrich-Böll-Stiftung, Melanie Sorge, Tel. +49 (0)30 / 41723395, E-Mail: melanie@boellstiftung.org, www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?eventid=12354&crtpage=5

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell März 2013

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Inga Bollert [ib], Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Uta Klönne [uk], Antonia Weiller [aw], Wiebke Witt [ww], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circoffset White, 100% Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de  
Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.





## Nachhaltige Mobilität

# Bewegt in die Zukunft

Nachhaltige Mobilität ist eines der drängenden Themen unserer modernen Gesellschaft. Es betrifft jede und jeden von uns zu jeder Zeit und hat vielfältige Auswirkungen auf die Zukunft der nächsten Generationen. Ein Thema für die Bildungsarbeit. Projekte für nachhaltige Mobilität sollten auf eine zielgruppenspezifische Ansprache achten.

□ Insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimaschutz kommt dem Thema Mobilität eine große Bedeutung zu. In Deutschland stammt rund ein Viertel der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Sektor Mobilität. Unser gesamter Verkehr ist zu über 90 Prozent vom Erdöl abhängig. Doch nicht nur vor dem Hintergrund des Peak Oil und des Klimawandels ist ein Umdenken dringend erforderlich. Eine zunehmende Urbanisierung mit erhöhtem Verkehrsaufkommen auf engem Raum, das Zurücklegen immer weiterer Strecken in immer kürzerer Zeit und die voranschreitende Versiegelung von Landschaften sprechen gegen ein „Weiter-wie-Bisher“. Die Diskussion über alternative Kraftstoffe zeigt, dass wir uns nicht auf vermeintlich einfache technische Lösungen verlassen können. Technologischer Wandel und Verhaltensänderungen müssen Hand in Hand gehen. Letztere sollen durch politische Strategien, veränderte Rahmenbedingungen und einen gesellschaftlichen Wertewandel gefördert werden.

## Nachhaltige Mobilität erfahrbar machen

Die Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Im Zentrum nachhaltiger Mobilitätsbildung stehen eine Steigerung der Verkehrssicherheit, die Motivation zu aktiver Bewegung sowie ein rücksichtvoller Umgang miteinander und der Umwelt. Nachhaltige Mobilitätsbildung berücksichtigt die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit. Dazu gehören Ökologie, zum Beispiel das Erkennen der Zusammenhänge zwischen Mobilität, Umweltverschmutzung und Klimawandel; Soziales, wie die Rücksichtnahme gegenüber anderen, die Übernahme von Verantwortung und die Entwicklung von Werthaltungen; Ökonomie, wie das Erkennen des positiven

Zusammenhangs zwischen Bewegung und Gesundheit oder das Kennenlernen der Vor- und Nachteile der Nutzung unterschiedlicher Fortbewegungsmittel, und Kulturelles, wie das Kennenlernen der Mobilität hier und anderswo und die Möglichkeiten der Entschleunigung.

## Nachhaltige Mobilität von Anfang an

Wie wichtig zielgruppenspezifische Projektangebote zu nachhaltiger Mobilität sind, zeigt beispielsweise der mobilitätsbiographische Ansatz des Kreisverwaltungsreferats der Landeshauptstadt München (KVR). Im Rahmen des Mobilitätsmanage-

### THEMENHEFT: NACHHALTIGE MOBILITÄT

mentprogramms „Gscheid mobil“ bietet das KVR gemeinsam mit unterschiedlichen Projektpartnern zahlreiche Bildungsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen an. Den Anfang macht das Projekt „BAMBINI – Bewegt in die Zukunft“ von Ökoprojekt – MobilSpiel e.V. für die 3- bis 6-Jährigen in Münchner Kindergärten. Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Förderung von Bewegungs- und Sozialkompetenzen der Kleinen, die sich zu BewegungskünstlerInnen qualifizieren (BAMBINI mini) und einen Rollerpass erwerben können (BAMBINI maxi). Die Eltern werden über einen Elternabend und vielfältige Materialien ebenso einbezogen wie die ErzieherInnen, die das Projekt weitgehend selbstständig durchführen.

Im Grundschulalter schließt sich der „Bus mit Füßen“ an, der von Green City e.V. angeboten wird. Ziel ist es, Kinder und vor allem ihre Eltern zu motivieren, das „Eltern-Taxi“ stehen zu lassen. Neben der fest verankerten Radfahrausbildung durch

die bayerische Polizei gibt es verschiedene Projekte rund um das Thema Fahrrad für die Klassenstufe 3–6, wie „Auf die Räderfertig-los!“ (Innovationsmanufaktur im Auftrag des KVR) und die „Schultournee“ (Innovationsmanufaktur und Green City e.V. im Auftrag des KVR).

Für SchülerInnen weiterführender Schularten bietet Ökoprojekt – MobilSpiel e.V. die Projekte „Fair Move“ für 5. und 6. Klassen und „On my way – was dich bewegt!?“ für 7. und 8. Klassen an. Die SchülerInnen erarbeiten sich dabei in einem erlebnis- und aktionsorientierten Lernzirkel und in verschiedenen Workshops im Verkehrszentrum des Deutschen Museums Inhalte zu den Themenschwerpunkten Verkehrssicherheit und Zivilcourage (in Kooperation mit der Bundespolizei), Bewegung und Gesundheit, Mobilität der Zukunft, Mobilität und Klimawandel, Fahrrad, ÖPNV und Multimodalität. Die Lehrkräfte führen projektvorbereitende und -nachbereitende Unterrichtseinheiten selbstständig durch.

## Nachhaltige Mobilität gemeinsam gestalten

Neben weiteren Jugendprojekten hat das KVR gemeinsam mit Partnern aus der (Umwelt-)Bildung Projekte für NeubürgerInnen, MigrantInnen und SeniorInnen entwickelt. In der Projektarbeit mit Kindern, Jugendlichen, Familien, Erwachsenen und SeniorInnen können gemeinsam Visionen und Ideen einer lebenswerten Zukunft entwickelt, nachhaltige und klimafreundliche Lebensstile im Alltag erprobt, und die Beteiligung an der Gestaltung der Lebensumwelt gefördert werden.

[Katja Tebbe]

▷ [www.mobilspiel.de/oekoprojekt](http://www.mobilspiel.de/oekoprojekt)

## BLICKPUNKT

### Freiheit von morgen

Von der Harley Davidson in Easy Rider bis zu James Bonds Aston Martin – Freiheit und Unabhängigkeit sind nicht nur im Film eng mit dem eigenen Fahrzeug verknüpft. Dieses Bild zu ändern und Lösungen zu erarbeiten hat die Deutsche UNESCO-Kommission mit dem Jahresthema Mobilität ganz oben auf die Agenda der BNE Dekade gesetzt.

Mobilität ist notwendige Voraussetzung für unsere Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Vor zwei Jahren legten die Europäer gemeinschaftlich beruflich und privat 5,6 Billionen Kilometer zurück – Tendenz seit 1990 um ein Drittel steigend. Prognosen bis 2030: Anstieg um ein weiteres Drittel. Davon wurden bisher 75 Prozent mit dem Auto zurückgelegt. Der Preisanstieg für Kauf, Unterhalt und Benzin eines Autos liegt im Vergleich zum Jahr 2000 dabei mit 25 Prozent leider immer noch unter dem Preisanstieg von 45 Prozent für die öffentlichen Verkehrsmittel. Was also tun, um als Gesellschaft zu einer nachhaltigen Mobilität zu finden? Denn nicht ob, sondern wie die Gesellschaft in der Zukunft nachhaltig mobil bleiben kann, ist die zentrale Frage.

Einige Städte haben bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen und zeigen, wie übergeordnete, zukunftsweisende Mobilitätsprojekte aussehen können. Gelsenkirchen und Mühlheim an der Ruhr ermöglichen mit dem „Dienstradeln“ den städtischen Mitarbeitern die kostenlose Nutzung von Leihfahrrädern für Dienstfahrten. Hamburgs S-Bahnen fahren komplett mit Ökostrom, die Busse teil- und versuchsweise mit Wasserstoff. München hat ein Beratersystem für Betriebe eingeführt, um den Berufsverkehr zu reduzieren, und arbeitet hart auf den Titel „Radlhauptstadt“ hin. Die vielen guten Einzelansätze könnten die ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen zu einem nachhaltigen Gesamtkonzept verknüpfen.

Neben den praktischen Lösungen braucht nachhaltige Mobilität aber auch einen Bewusstseinswandel weg vom Lonely Rider hin zu einem Leitbild, das Lust auf nachhaltige Fortbewegung macht. Im schulischen Bildungsbereich sind die

Bemühungen derzeit noch sehr zurückhaltend: Ein Grundkurs „Verhalten im Straßenverkehr“ in der ersten Klasse, dann der Fahrradführerschein in der dritten oder vierten Klasse – damit ist die schulische Mobilitätserziehung in den meisten Teilen Deutschlands abgeschlossen. Aber auch hier gibt es nachahmenswerte Ausnahmen: In einzelnen Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz setzt sich die Idee des „Pedibus“, „Walking Bus“ oder „Bus zu Fuß“ durch. Statt mit dem Auto in die Schule gefahren zu werden, treffen sich die Kinder zu verabredeten Zeitpunkten an der „Fuß-Haltestelle“ und laufen gemeinsam mit einer Betreuerin in Schule oder Kindergarten.

Konkrete Denkanstöße für nachhaltige Mobilitätsbildung in der formalen Bildung liefert zum Beispiel der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD). Als Fach- und Lobbyverband liefert er Privatpersonen, Politik und Wirtschaft Information und Beratung auf dem Weg zu einer umwelt- und sozialverträglichen, zukunftsfähigen Mobilität. Sein Bildungsservice richtet sich mit Fortbildungen, Workshops und konkreten Projekten direkt an Lehrende im schulischen und außerschulischen Bereich.

Alltagstaugliche Ideen sammelt die Deutsche Unesco-Kommission im Frühjahr mit dem bundesweiten Wettbewerb „Nachhaltige Mobilität in meinem Alltag“ zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Deutschen Bahn und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Vielleicht kommen die Ideen für die mobile Gesellschaft der Zukunft aus deren Mitte, von den HeldInnen des mobilen Alltags.

[Lisa Hübner]

## SCHWERPUNKT: NACHHALTIGE MOBILITÄT

ANU Bundesverband

### Best-Practice-Beispiele Mobilität

□ Auf seiner Internetseite hat der ANU Bundesverband unter dem Stichpunkt „Nachhaltigkeit Lernen“ auch für den Bereich Mobilität und Verkehr ausgezeichnete Dekade-Projekte und empfehlenswerte Praxisbeispiele versammelt. Dazu gehören als neueste Einträge beispielsweise der

„Grüne Aal“, ein Umweltmanagementsystem für Schulen und Jugendeinrichtungen vom Grünflächenamt der Stadt Aalen in Kooperation mit der Hochschule Aalen. Auch über die Jugend-Klimakampagne „Mission: Klima retten! powered by heaven“ gibt es einen Beitrag. Sie ist ein Projekt vom Institut für Kirche und Gesellschaft, dem Amt für Jugendarbeit und dem Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen sowie der Vereinten Evangelischen Mission, Wuppertal.

▷ [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

Deutsche Unesco-Kommission

### Lehrmaterial und Best-Practice für „Mobilität“

□ Von Armutsbekämpfung bis Zukunft reicht die thematische Bandbreite der von der Deutschen Unesco-Kommission vorgestellten Lehrmaterialien zum Jahresthema Mobilität. Es sind durchwegs empfehlenswerte Unterrichtsmaterialien für Lehrende an Schulen und im außerschulischen Bildungsbereich, die das Thema nachhaltige Mobilität in ihre pädagogische Arbeit in-

tegerien möchten. Auf dem BNE-Portal findet sich die inhaltlich geordnete Kurzbeschreibung der Materialien und Best-Practice-Beispiele, die Mobilität aus allen Blickwinkeln beleuchten. Teils stehen die Materialien gleich zum Download bereit. Die dazugehörige Broschüre können Interessierte bereits jetzt kostenlos vorbestellen unter [assistentz-2@esd.unesco.de](mailto:assistentz-2@esd.unesco.de).

▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

### Fachtagung

## Abgefahren!? Mobilität und Klimaschutz

□ Ökopjekt – MobilSpiel e.V. und das Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck veranstalten in Kooperation mit der ANU Bayern e.V. und dem Kreisverwaltungsreferat und Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München am 24. April von 10 bis 17 Uhr im Bildungszentrum Burg Schwaneck eine Fachtagung zum Jahresthema der UN-Dekade „Mobilität“. Unter dem Titel „Abgefahren!? Nachhaltige Mobilitätsbildung und Klimaschutz“ zeigen namhafte ReferentInnen Visionen nachhaltiger Mobilität im Kontext des Klimawandels auf und vermitteln Hintergrundwissen. Sie geben mit Best-Practice-Projekten Anregungen für die Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem biografischen Ansatz der Mobilitätsbildung.

Die TeilnehmerInnen können sich austauschen, neue KooperationspartnerInnen kennenlernen und Anregungen für eigene Projekte und Anträge mitnehmen. Inhaltliche Schwerpunkte sind Visionen nachhaltiger Mobilität im Kontext des Klimawandels, die Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf Bewegungskompetenz und Mobilitätsverhalten, Lebensstile und neue Formen nachhaltiger Mobilität sowie Möglichkeiten der Beteiligung.

▷ Anmeldung per E-Mail an Margret Stahuber,  
E-Mail: [bildungszentrum@burgschwaneck.de](mailto:bildungszentrum@burgschwaneck.de)

### Hintergrund

## Rasender Stillstand

□ Die Entwicklung von Mobilität in der Moderne war das Thema eines Vortrags von Professor Dr. Hartmut Rosa vom Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena anlässlich des runden Tisches der UN-Dekade in Dresden im November 2012. Interessante Gesichtspunkte zur sich wandelnden Mobilität in der Gesellschaft und ein Interview mit dem Soziologen in der Zeit sind auf der Internetseite der Deutschen Unesco-Kommission nachzulesen. Außerdem finden sich auf der Seite Hintergrundinformationen, Zahlen und Fakten rund um das Jahresthema der UN-Dekade 2013.

▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

### AUS ANU UND UMWELTZENTREN

#### ANU Niedersachsen/Bremen

## Glück und Zufriedenheit

□ Am 8. März lädt die ANU Niedersachsen/Bremen im Umwelthaus Hannover zu einer Fortbildung rund um das Glück ein. „Gut leben statt viel haben“ ist ein zentrales Thema der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Denn dahinter stehen individuelle Werthaltungen, die auch das Konsumverhalten bestimmen. Mit den Fragen, was Glück eigentlich ist, wo es herkommt und ob es Schlüssel zu dauerhaftem Glück gibt, beschäftigt sich Mediatorin Rosemarie Schrick in ihrem Vortrag. Im anschließenden Workshop „Kann man Glück kaufen – Philosophieren mit Kindern“ bietet Umweltpädagogin Andrea Werneke neben einer Einführung ins „Philosophieren mit Kindern“ auch praktische Methoden und Handwerkszeug, um mit Kindern zu Nachhaltigkeit ins Gespräch zu kommen.

▷ Anmeldungen an die ANU Niedersachsen/Bremen e.V. per  
Fax-Nr. +49 (0)511 / 39080519  
oder per E-Mail an [Israel@anu.de](mailto:Israel@anu.de)

### Aktion Fischotterschutz e.V.

## Studie Naturbewusstsein samt Workshop

□ Kenntnisse über Wissen, Werte und Einstellungen der Bevölkerung zur Natur sind wichtige Indikatoren für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt. Deshalb veranlassen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Bundesamt für Naturschutz regelmäßig die Erhebung der Naturbewusstseinsstudien. Begleitend dazu laden die Aktion Fischotterschutz e.V. und das Bundesamt für Naturschutz vom 17. bis 20. Juni zu einem Workshop über nachhaltigen Konsum und bürgerschaftliches Engagement für den Erhalt der biologischen Vielfalt ein. Ziel ist es, ein Diskussionsforum für die Ergebnisse der Naturbewusstseinsstudien zu schaffen; die Fachleute aus unterschiedlichen Handlungsfeldern miteinander zu vernetzen und die sich aus den Ergebnissen ableitenden Handlungsempfehlungen in die Naturschutzpolitik sowie die Naturschutz- und Umweltbildungspraxis zu übertragen. Die Ergebnisse werden als Handlungsempfehlungen veröffentlicht.

▷ [www.otterzentrum.de](http://www.otterzentrum.de)

#### ANU Mecklenburg-Vorpommern

## Zertifikat für das Kompetenzzentrum

□ Die ANU Mecklenburg-Vorpommern hat vom Staatssekretär im Umweltministerium Dr. Karl Otto Kreer das NUN-Zertifikat „Bildungskompetenzzentrum für Nachhaltigkeit“ entgegengenommen. Die Zertifizierung der NUN – Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ – bescheinigt der ANU M-V damit hervorragende Bildungs- und Koordinierungsqualitäten im Rahmen der BNE in sechs Qualitätsbereichen. Regelmäßige Überprüfungen durch die Prü-

fungskommission und die Geschäftsstelle Zertifizierung in M-V werden anhand der Qualitätsstandards vorgenommen.

▷ [www.umweltbildung-mv.de/aktuell.htm](http://www.umweltbildung-mv.de/aktuell.htm)

## WISSENSWERT

Fachtagung

### BNE und Wirtschaft

□ Die AG Außerschulische Bildung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ veranstaltet am 15. und 16. April 2013 im Leibnizhaus Hannover die Fachtagung „Gelungene BNE-Kooperationen zwischen außerschulischen Einrichtungen und der Wirtschaft“. Auf der Fachtagung werden aktuelle Entwicklungen und der Einsatz von Finanzierungsinstrumenten wie Sponsoring und Förderung durch Unternehmen diskutiert. Es geht um ein Kennenlernen von und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kooperationsformen mit der Wirtschaft sowie ihren jeweiligen Zielen, Rahmenbedingungen und Anforderungen. Die Tagung richtet sich an BNE-Interessierte, außerschulische Bildungsträger und Interessierte aus der Wirtschaft.

- ▷ Gabi Diethers: [g.diethers@wanderverband.de](mailto:g.diethers@wanderverband.de)
- ▷ Ann-Katrin Becker: [ann-katrin.becker@kircheundgesellschaft.de](mailto:ann-katrin.becker@kircheundgesellschaft.de)
- ▷ Jens Tanneberg: [tanneberg@klimahaus-bremerhaven.de](mailto:tanneberg@klimahaus-bremerhaven.de)

Unterrichtsmaterialien zum Download

### WWF Deutschland

□ Der WWF bietet für LehrerInnen aller Klassenstufen Unterrichtsideen und Lehrmaterialien zum Download an. Für die Sekundarstufe I und II beispielsweise steht unter [www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/120103\\_Klimawandel.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/120103_Klimawandel.pdf) unter dem Motto „Wann kippt das Klima?“ neues Bildungsmaterial bereit. Die Leitfäden geben Hintergrundinformatio-

nen zu bedrohten Arten und Lebensräumen und zeigen sowohl deren Gefährdung als auch mögliche Schutzmaßnahmen auf.

▷ [www.wwf.de](http://www.wwf.de)

GEO-Tag der Artenvielfalt 2013

### Biodiversität und Klima

□ Der GEO-Tag der Artenvielfalt am 15. Juni 2013 unter dem Motto „Artenvielfalt und Klimawandel“ bietet Möglichkeiten zur Partizipation für schulische und außerschulische Bildungsanbieter. Informationen zum Mitmachen, ein Aktionskalendar, Hintergrundinformationen zum Tag der Artenvielfalt sowie Informationen speziell für Schulen finden sich auf der übersichtlichen Internetseite. Kinder- und Jugendgruppen können sich am Wettbewerb „Artenvielfalt“ beteiligen, indem sie ein „Stück Natur“ vor der eigenen Haustür möglichst genau untersuchen und die Ergebnisse dokumentieren.

▷ [www.geo.de/GEO/natur/oekologie/tag\\_der\\_artenvielfalt](http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/tag_der_artenvielfalt)

Wettbewerb

### „Schüler schützen Regenwälder“

□ Was haben die Regenwälder mit uns in Deutschland zu tun? Mit welchen Aktionen können wir helfen, Tiere und Pflanzen vor der Zerstörung zu bewahren? Diesen Fragen können SchülerInnen bei dem OroVerde-Wettbewerb „Schüler schützen Regenwälder“ nachgehen und mit Projekten, Aktionen und Plakatideen zum Thema Regenwald beantworten. Laufen, tanzen, rappen, kochen oder Infostände organisieren – alles ist möglich. Unterstützt bietet OroVerde Unterrichtsmaterialien für die Klassenstufen 1 bis 10 an. Einsendeschluss für die Dokumentationen ist der 31. Juli.

▷ [www.oroverde.de/lehrer/schuelerwettbewerb](http://www.oroverde.de/lehrer/schuelerwettbewerb)

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

**06.–07. 03. 2013, Bremerhaven (D)**

„Global Lernen – Zukunftsfähig Handeln“. Bildungsforum

Das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost gibt in Form von Fachvorträgen, Praxisbeispielen und Workshops Antworten auf drängende Fragen zu schulischem und außerschulischem Globalen Lernen.

▷ [www.klimahaus-bremerhaven.de](http://www.klimahaus-bremerhaven.de)

**11.–15. 03. 2013, Freie Universität Berlin (D)**

„Nachhaltigkeit und Klimaschutz“. SchülerUni SchülerInnen diskutieren zukunftsweisende Fragen rund um das Dekade-Jahresthema „Mobilität“. Außerdem werden Materialien und Impulse zu den Themen Nachhaltigkeit und Mobilität vorgestellt. Die FU öffnet Hörsäle, Seminarräume, Labore, Solardächer, die Wetterstation, die Mensa und den Botanischen Garten.

▷ [www.fu-berlin.de/sites/schueleruni](http://www.fu-berlin.de/sites/schueleruni)

**12.03.2013, Flintbek (D)**

**BNE – Kein Thema!** Fachtagung

Ein Diskurs mit Akteuren aus allen Bereichen der BN. Dabei ist BNE „kein Thema“, sondern wird als Beitrag zur zukunftsorientierten Lebensgestaltung behandelt. Die Veranstaltung findet im schleswig-holsteinischen Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume statt.

▷ [www.kurzlink.de/bne-tagung-2013](http://www.kurzlink.de/bne-tagung-2013)

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), [oekopaednews@anu.de](mailto:oekopaednews@anu.de);  
Olaf Rother, [rother@anu.de](mailto:rother@anu.de)  
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 71673329-41, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)